

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Zusteller vierteljährlich 4.50, monatlich 1.50 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebenstündige Beilage oder deren Raum 70 Pfg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 60 Pfg., auswärtige Anzeigen 70 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 251.

Montag, den 27. Oktober 1919.

26. Jahrg.

Kraft und Vertrauen.

Ein Wort zu den nächsten Wahlen.

Von einem Genossen in der Regierung wird uns geschrieben:

Nach den Mitteilungen, die Reichskanzler Bauer in der Nationalversammlung gemacht hat, sind die Wahlen zum ersten Reichstag der Deutschen Republik nicht vor dem nächsten Frühjahr zu erwarten, denn die Fülle der der Nationalversammlung noch zufallenden gesetzgeberischen Arbeiten ist so groß, daß ein früherer Zeitpunkt nicht ins Auge gefaßt werden kann.

Indessen wäre es verfehlt, nicht schon jetzt unser Augenmerk auf diesen bedeutungsvollen Wahltag zu richten, der ein Urteil über die Arbeit der Revolutionsregierung fällen und den Weg für die nächste Zukunft weisen wird.

In den Jahren vor der Revolution, als die sozialdemokratische Partei noch nicht im Besitze der politischen Macht war, wurde unsere Werbearbeit durch die politische Lässigkeit der bürgerlichen Parteien, die die Agitation in den Massen im wesentlichen auf die Zeit der eigentlichen Wahlkämpfe beschränkten, sehr erleichtert. Wir müssen uns davor hüten, nun in denselben Fehler zu verfallen, denn während die frühere geringe Agitationsstätigkeit der bürgerlichen Parteien keine ernstlichen Gefahren für sie in sich barg, weil sie einer festen Gefolgschaft stets sicher waren, ist die ständige Fühlungnahme der sozialdemokratischen Führer heute nötiger als je.

Wir stehen vor der entscheidenden Frage, auf die erst die nächsten Wahlen die erschöpfende Antwort werden geben können, ob die sozialdemokratischen Führer, die zu einem erheblichen Teil in der Regierung sitzen, und die Wählerschaft vom Januar 19 noch eine Einheit bilden. Gewisse Anzeichen sprechen dafür, daß das notwendige Verhältnis unbedingten gegenseitigen Vertrauens, das der Partei erst die nötige Selbstheit und das erforderliche Selbstvertrauen gibt, zeitweilig nicht überall in erwünschtem Maße vorhanden ist.

Die Gründe hierfür liegen nur zu nahe. Der plötzliche Uebergang der Partei aus der Opposition zur führenden Regierungspartei bedeutete für sie eine völlige psychologische Umstellung, der ein großer Teil der in langen Jahren an bloße Opposition gewöhnten Arbeiterschaft nicht folgen konnte. Die Partei hatte sich z. B. jen sehr in besonders scharfer Kampfstellung gegenüber dem Militarismus befunden, und es ist immerhin erklärlich, daß sich manche nicht sogleich bereit finden konnten, Noske und seine Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung zu folgen, zumal er sich dabei zu einem erheblichen Teile der Offiziere des alten Systems bedienen mußte, weil sie ihm unentbehrlich waren.

Es kommt hinzu, daß wir die politische Macht in einer denkbar ungünstigen Situation übernahmen. Die Partei wurde die Kontursverwalterin eines gänzlich bankrotten Systems und eines völlig zerrütteten und zusammengebrochenen Wirtschaftslebens. Sehr viele Hoffnungen, die wir für den Augenblick der Besitzergreifung der politischen Macht, den wir uns so ganz anders vorgestellt hatten, gehegt hatten, mußten vorläufig begraben werden, insbesondere in der Frage der Sozialisierung, denn alle gefährlichen Experimente an dem kranken Wirtschaftskörper müssen unterbleiben, soll er nicht gänzlich zu Grunde gerichtet werden. Kein Zweifel, daß hierin für die Masse der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, die ungelobte die Früchte des neuen Regimes ernten möchte, eine harte Belastungsprobe liegt.

Es muß ferner berücksichtigt werden, daß unsere Führer in der Regierung, nur so handeln können, wie die tatsächlichen Machtverhältnisse im Staate es ihnen gestatten. Wir dürfen nie vergessen, daß die unheilvolle Spaltung der Arbeiterschaft das Zustandekommen einer sozialistischen Mehrheit in der Nationalversammlung verhindert hat, und daß die Unabhängigen sich nach wie vor jeder positiven Mitarbeit verweigern. Wir sind also auf das Zusammengehen mit den Demokraten und dem Zentrum angewiesen und müssen auf deren politische Wünsche auch Rücksichten nehmen. Ferner bedingt die völlige Abhängigkeit von dem Willen der kapitalistischen Regierungen der Entente, daß wir eine Reihe unserer Wünsche und Forderungen vorläufig noch nicht in Erfüllung gehen lassen können. Die Genossen in der Regierung sind in ihrer Betätigungsfreiheit eingeeignet durch die tatsächlichen Machtverhältnisse. Ihr Verantwortlichkeitsgefühl zwingt sie aber, den Mehrheitswillen des Volkes zu achten, denn eine Regierung, die nicht auf dem Boden der Demokratie stünde, sondern die Diktatur einer Minderheit wäre, ganz gleich ob von links oder rechts, würde Deutschland in kurzer Zeit in den blutigen Bürgerkrieg und zur gänzlichen Auflösung treiben.

Die Erkenntnis all dieser Schwierigkeiten, die sich unseren Genossen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben entgegenstellen, fehlte naturgemäß einem Teile der von überschwenglichen Erwartungen erfüllten Wählerschaft vom Januar 19. So steht jetzt unsere Partei in einer Lage wie noch nie eine Partei vor sich. Auf so manches, was ihr zum Glaubenssatz geworden war, verzichten sollen und ihren Führern doch treue Gefolgschaft leisten, dazu bedarf es eines unerschütterlichen Vertrauens und eines unheilbaren Gefühls gleicher Gesinnung.

So erklärlich es immerhin ist, daß ein Teil unserer früheren Anhänger sich an der Partei nicht mehr halten ließ, so notwendig ist es jedoch, die ehemalige Fühlung zwischen den Führern und der Masse wieder herzustellen. Wir haben bisher darunter gelitten, daß vieles von dem, was unsere Führer in der Regierung taten, in ein geheimnisvolles Dunkel gehüllt blieb, so daß es der Agitationsarbeit unserer politischen Gegner möglich wurde, die Köpfe zu verwirren und Mißtrauen zu nähren. Den Unabhängigen wurde diese Arbeit wesentlich dadurch begünstigt, daß ihre politischen Führer durch keine Regierungsgeschäfte belastet sind, sich also der Agitationsarbeit mit ganzer Kraft widmen können. Außerdem betreiben die Rechtsparteien, ganz im Gegensatz zu früher, als sie im gesicherten Besitze der Macht waren, einen lebhaften politischen Kampf, der auch nicht ohne Erfolg selbst in den Kreisen der Arbeiterschaft geblieben ist. Alles dies weist unsere führenden Genossen in der Regierung darauf hin, wie notwendig es für sie ist, den Zusammenhang mit den Massen nicht zu verlieren. Hier ist die bekannte Rede Noskes vor den Berliner Vertrauensleuten, die ihm einstimmig ihr Vertrauen erklärten, nachdem sie ihn gehört hatten, besonders lehrreich.

Das Verhältnis zwischen den Führern und der Masse ist aber ein wechselseitiges, und es ist andererseits auch nötig, daß die Genossen im Lande der Situation, in der unsere Regierung sich befindet, volles Verständnis entgegenbringen, und daß sie namentlich sich bemühen, den inneren Uebergang von einer Oppositions- zur verantwortlichen Regierungspartei zu vollziehen. Das bedeutet keineswegs ein Aufgeben der politischen Ideale, aber ein verändertes Verhalten den Fragen des politischen Tageskampfes gegenüber. Kritik zu üben ist sehr leicht, erprobliche positive Arbeit zu leisten dagegen jetzt sehr schwer.

Niemand wird bestreiten, daß ein hohes Maß von Kraftgefühl und innerer Geschlossenheit für eine Partei dazu gehört, statt sofortiger Erfüllung ihrer politischen Wünsche einen Wechsel auf die Zukunft zu nehmen. Und weil es sehr vielen, namentlich den noch nicht lange zur Sozialdemokratie gehörenden, an diesem Kraftbewußtsein des Proletariats fehlt, sind sie ein leichtes Opfer der demagogischen Schlagworte unabhängiger und kommunistischer Heher geworden.

Indessen wird es immer deutlicher spürbar, wie diese verführten Massen sich von den radikalen Schreibern abwenden und zur alten Partei zurückkehren, weil sie einsehen, daß jene Wirkköpfe und Heißsporne die Arbeiterschaft schließlich der Reaktion und der Alleinherrschaft des Unternehmertums ausliefern würden. Denn die Diktatur des Proletariats im Sinne der U. S. P. D. und K. P. wäre das sicherste Mittel, um die Diktatur der Ludendorff und Tirpitz erneut aufzurichten.

Deshalb ist und bleibt es unsere Aufgabe, fest und zielbewußt unseren Weg zu gehen und so zu handeln, wie die Not der Zeit es erfordert, auch wenn unsere Forderungen erst nur zum Teile erfüllt werden können und Staat und Wirtschaft noch nicht völlig von sozialistischem Geiste durchdrungen sind. Die Besitzergreifung der politischen Macht kann das Werk weniger Tage sein, der Aufbau der sozialistischen Wirtschaft aber kann sich nur in mühevoller Arbeit vieler Jahre vollziehen. Seid euch dessen bewußt: Ihr werdet, wenn die Zeit reif geworden ist, all eure Wünsche und Hoffnungen erfüllt sehen, und es wird keine Macht geben, die euch widerstehen könnte, wenn ihr nur heute die schwere Pflicht auf euch nehmt, den Erfordernissen der Gegenwart gerecht zu werden und strenge Parteidisziplin zu üben. Nur so kann unser Volk aus seiner Not errettet werden und können unsere sozialistischen Zukunftshoffnungen in Erfüllung gehen.

Frankreichs Angst und unsere künftige Außenpolitik.

Von Major Ernst Paradin.

Die Politik Clemenceaus ist diktiert von der, wie wir sahen, grundlosen Angst vor einem Nachkriegsdeutschlands und von dem Wunsche, diesen Gefahren der Zukunft durch feste Verankerung der Bündnispolitik zu begegnen, die die Niederwerfung Deutschlands vollbrachte. Diesen alten gegen Deutschland gerichteten Bund nennt Clemenceau unter einer Verleugnung gegen Wilson den „Völkerbund“. In der Tat bedeutet dieser „Völkerbund“ heute zunächst die schroffe Ablehnung jeder Völkerverständigung. Es genügt, hinzuweisen auf die Entrechtung des Reichs, auf die schuldlose Auslieferung starker deutscher Wunden in Böhmen und Tirol, auf die Preisgabe des Grundjades der Freiheit der Meere. Allein so glänzend die Erfolge der französischen Gewaltpolitik erscheinen, sie tragen den Keim des Zerfalls in sich. Die Verhöhnung der Ideen des Rechts, die in diesem Völkerbund liegt, wird sich rächen. Denn die Idee an sich ist so klar und überwältigend, daß sie alle Fesseln sprengen wird, die ihr der aus der Angst und Haß geschmiedete Friedensvertrag anlegen will. Die Zweipartigkeit der französischen Politik, die einerseits mit den brutalsten Gewaltmitteln arbeitet, andererseits einen wenn auch nur äußer-

lichen Ausgleich mit den Forderungen des Rechts sucht, wird sich immer mehr offenbaren. Clemenceaus Politik wird an diesem inneren Widerspruch scheitern.

Deutschland kann diesen Entwicklungsgang beschleunigen, wenn es die 14 Punkte Wilsons aufgreift und zur Grundlage seiner Politik macht.

Bisher ist in Deutschland der Völkerbund nur von wenigen Leuten als realpolitischer Faktor gewertet worden. Die große Masse des Volkes steht noch völlig im Banne der jahrzehntelangen Erziehung, die diese Ideen mit einem Aischeljuden abtat und die gepanzerte Faust und das trodene Pulver als die einzigen Mittel einer kraftvollen und zielbewußten Politik pries. Wenn auch in anderen Ländern die Verbreitung dieser Ideen mit Schwierigkeiten zu kämpfen hat, so kommen in Deutschland noch besonders erschwerende Umstände dazu. Das politische Unreife und bevorzustehende Deutschland kennt kaum eine sachliche, nur eine persönliche Auseinandersetzung. Man bekämpft die Idee, indem man ihre Träger unumgänglich zu machen sucht. Der politische Gegner tritt nicht als geistig und charakterlich gleichwertige Persönlichkeit, sondern entweder als Idealist, mit anderen Worten als westfremd und wenig begabt, oder als fittlich minderwertig. Diese politische Kampfesweise, die in unseren Tagen ihre höchsten Triumphe feiert, ist das bedauerlichste Hindernis für eine sachliche Klärung der Lebensfragen unseres Volkes. Sie hat es auch verhindert, daß die Idee des Völkerbundes den meisten Deutschen immer noch als die Ausgeburt einiger überspannter Köpfe gilt.

Freilich hat die Idee des Völkerbundes in Deutschland auch einen schweren Stoß erlitten durch die Enttäuschung, die Wilson durch sein Verhalten bereitete. Wenn Wilson eine starke Persönlichkeit gewesen wäre, so hätte er auf der Friedenskonferenz sein Amt niedergelegt, als er ein sah, daß er mit seinen Ideen sich nicht durchsetzen könne. Sein Versuch, den Verfaller Gewaltfrieden als in Einklang mit den von ihm verkündeten Grundsätzen darzustellen, ist nichtswürdig und unbegreiflich. Mit Hohn und Spott haben die zahllosen Gegner des Völkerbundes in Deutschland auf dieses Ergebnis der pomphaften Ankündigungen Wilsons von einem Frieden der Gerechtigkeit hingewiesen. Und doch, was ist mit dem Vertragen eines schwachen Charakters gegen die Idee als solche, gegen die Möglichkeit ihrer Verwirklichung gelangt? Die von Wilson aufgestellten und verleugneten Grundsätze werden ihr Eigenleben fortführen.

Es ist eine trügerische Hoffnung zu glauben, daß solche gewaltigen Ideen von heute auf morgen verwirklicht werden können. Wo besteht denn heute schon in den Völkern der ernste Wille zu ihrer Durchführung? Als Deutschland zusammenbrach, da erscholl gerade in den Kreisen der Aufbruch nach Wilson am lautesten, die vorher in der Erwartung eines deutschen Sieges für den „Idealisten“ unter den Führern der Völker nur Hohn und Spott hatten. Es war ein trügerischer Anblick, als das geschlagene Deutschland sein ganzes Heil nunmehr gerade von den Grundsätzen erwartete, die seine Regierung unter der Billigung der übergroßen Mehrzahl der bestgesetzten Rufen gegenüber verleugnet hatte. Als die Hoffnung auf den als letzten Hort gepriesenen Wilson schmachvoll zusammenbrach, da hat die große Masse in Deutschland sich nicht den unerlöschlichen Gläubigen an die Gerechtigkeit als eherne Grundfrage in den Beziehungen der Völker aus dem Chaos gerettet, sondern mit der Person Wilsons wurde auch die Sache des Völkerbundes dem Hohn, dem Haß, der Beschimpfung preisgegeben.

Haltlos schwankt noch heute die öffentliche Meinung Deutschlands hin und her. Von rechts bis links stehen die Interessen der Parteien im Vordergrund. Keine große Idee spricht aus den Massen. Kein Fernziel ist zu erkennen, nach dem das Volk unbeirrt durch die vorüberflutenden Tagesereignisse strebt.

Und doch kann uns nur eine Politik auf lange Sicht den Weg aus dem Trümmersfeld zeigen. Sie hat uns vor dem Kriege gefehlt. Daher kamen die Unsicherheit und das Schwanken in unserem politischen Auftreten. Genau wie heute verlangte man sofort greifbare Erfolge. Wir müssen uns daran gewöhnen, auf rasche Tagesereignisse zu verzichten. Um so näher müssen wir dem Fernziele nachstreben, das uns allein der Völkerbund offenbart: der Neuordnung der politischen Verhältnisse, in der das Recht und die Wünsche der einzelnen Völker sorgfältig abgemogen und mit den Interessen der Gesamtheit in Einklang gebracht werden. Durch stete Aufklärung und nüchtern: sachliche Arbeit muß unser Volk die Ueberzeugung beigebracht werden, daß der Völkerbund ein realpolitischer Faktor ersten Ranges ist; der den einzigen Ausweg aus unserem nationalen Elend bildet und der allein zu dauernden Verhältnissen führen kann.

Der Friede abermals hinausgeschoben.

Das Pariser Blatt „Bon Soir“ meldet: In der Sitzung des Fünferrats am Donnerstag wurde entschieden, der Friedensvertrag mit Deutschland werde nicht vor dem 11. November, vielleicht nicht vor dem 20. November in Kraft treten. Die Kommissionen müßten an dem Tage, an dem der Friedensvertrag in Kraft trete, bereit sein, ihre Funktionen anzunehmen; außerdem hoffe man auch, daß bis zu jener Zeit der amerikanische Senat den Vertrag von Versailles ratifiziert habe.

Graf Bernstorff über die auswärtige Politik.

Undeutsche Volksherräter.

In Magdeburg sprach Sonntag der frühere deutsche Botschafter in Washington, Graf Bernstorff, über die zukünftigen Aufgaben der auswärtigen Politik. Er führte u. a. aus: „Wenn niemals eine allseitige Verständigung vorhanden gewesen wäre, dann müßte es nicht zum Weltkrieg und auch nicht zur Niederlage Deutschlands gekommen. Ich warne daher, daß jetzt wieder eine nationalpolitische Politik getrieben wird. Die Ziele unserer auswärtigen Politik können nur folgende sein. Das letzte Ziel unserer auswärtigen Politik erschöpft sich in dem einen Wort: Wohlstand. Es muß uns die Möglichkeit gegeben werden, zu arbeiten, denn die Gewährung auswärtiger Kredite ist nach dem Stande unserer Wälsche unmöglich. Wir müssen auch eine Revision des Versailler Friedens fordern. So wie dieser Friede geschlossen ist, ist er nicht durchzuführen. Denn wir müssen leben. Was Wilsons Haltung noch so enttäuscht haben, ich halte es für unmöglich, eine andere Politik zu machen, als mit der Richtung auf den Räderbund. In Zukunft muß jeder Krieg vermieden werden, und das kann er nur durch Abschaffung des Räderbundes. Die Entwicklung in der Richtung des Räderbundes ist die einzig mögliche deutsche, praktische Politik. Das Diktat ist höchstlebenswichtig zu lösen. Es war bisher noch nicht möglich, die Truppen aus dem Baltikum zurückzuführen. Die uns zugewandte Blockade gegen Rußland müssen wir ablehnen.“

Eine bolschewistische Gegenoffensive.

M. Kellingfors, 26. Oktober. Wie gemeldet wird, griffen die Bolschewisten an der Petersburger Front mit starken Kräften an. In militärischen Kreisen wird angenommen, daß General Sudenitsch Dispositionen vorläufig gemacht hat. „Hufschabstabs Stabel“ will aus sicherer Ententequelle erfahren haben, daß Frankreich baldige energische Unterstützung für Sudenitsch versprochen habe. Weiter wird gemeldet, daß die Bolschewisten bei dem Kampf um Petersburg Tanks in das Gefecht bringen wollen, die sie selbst gebaut haben.

Wie Londoner Blätter zu melden wissen, soll der Generalstab Trozkys in Jariskoje See gefangen genommen worden sein. Trozkys selbst sei im Automobil entkommen.

Deutschland beteiligt sich nicht an der Blockade.

Wie die „Kreuzzeitung“ erfährt, hat der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten in seiner Sitzung am Freitag die Haltung der Regierung, die Beteiligung an der Blockade Russlands abzulehnen, einstimmig gebilligt. Die deutsche Antwort an die Entente wird wahrscheinlich heute, Montag, abgehen. Sie wird den Erklärungen des Ministers Müller in der Nationalversammlung entsprechen.

Litauen verhandelt mit den Bolschewisten.

Der litauische Nachrichtendienst teilt mit: Am 28. Oktober sind Bevollmächtigte der litauischen Regierung nach Dorpat abgereist, um mit den Bolschewisten zu verhandeln. Die litauische Regierung beschloß, mit den Bolschewisten nur einen Waffenstillstand abzuschließen.

Gräuame Hinordnung deutscher Desertoren durch die Letten.

Eine Anzahl deutscher Soldaten, die zu der russischen Westarmee übergegangen und in lettische Gefangenschaft geraten waren, sind von den lettischen Truppen unter grausamen Martern getötet worden. Nach durchaus zuverlässigen Meldungen eines Berichterstatters, der die in den einzelnen Geschäften liegenden Leichen der Soldaten gesehen hat, wies keine derselben eine Schutzmütze auf. Alle waren mit einem schweren eisernen Hammer nach vorangegangenen Martern erschlagen worden. So hatten die Letten einem Soldaten die Gesichtsteile abgeschneitten und ihn dabei mit einem Lederriemen erzwängt. Einem anderen Soldaten hatten sie Messerflügel in die Kehle verbohrt und ihm die Nase abgeschneitten. Ein dritter war im Stalle aufgehängt worden. Andere waren erschienen mit aller Gewalt auf die Spitzen der in einem Schuppen liegenden Egen geworfen und gepreßt worden. Auch ihnen waren einzelne Glieder abgeschneitten.

Die Zahl der auf diese grausame Art Getöteten ist noch nicht festgesetzt; es sind aber allein auf dem einen Gehöft Thüringehof elf Namen namentlich festgesetzt und an Ort und Stelle beerdigt worden.

Beziehung weispreussischer Kreise.

Nach Berliner Meldungen hat der Oberste Rat der Entente beschlossen, sofort nach Inkrafttreten des Friedensvertrages die Kreise Warschau, Lodz, Posen, Breslau, Königsberg, Danzig und Siedlitz zu belegen.

Der linksrheinische Proteststreik erfolgreich beendet.

Am Freitag haben zwischen den Vertretern der Arbeiter und dem belgischen Oberkommandierenden, General Michal, in Aachen über die Forderungen Verhandlungen stattgefunden. Diese sind vom Oberkommandierenden zum größten Teile vollständig, zum andern Teil zufriedenstellend bewilligt worden. Die Freiheit der Arbeiterbewegung für das ganze Beziehungsgebiet wird gewährleistet, den Truppen werden alle Hebergänge und Schikanen strengstens verboten. Auch die Zensur wurde abgelehnt.

Eine französische Beschwerde.

Die französische Regierung hat in Berlin gegen die Unterstützung der Autonomiebestrebungen in Elsass-Lothringen, die von dem Komitee des Grafen Kapp ausgehen, Protest erhoben. Die Note wurde Baron von Lersner in Paris überreicht.

Die französische Beschwerde wendet sich an eine vollständig französische Adresse. Die deutsche Regierung hat mit den Bestrebungen der Kapp und Genossen nicht das geringste zu schaffen. Auch in Paris dürfte es nicht unbekannt sein, daß die autonomistische Bewegung nur allein von der Kapp ausgeht und gefördert wird.

Aus dem belagerten Gebiete an der belgischen Grenze wird berichtet: Am 6. Oktober wurden sieben Einwohner des Kreises Malmédy von dem belgischen General Michel binnen drei Tagen ausgewiesen. Den Ausgewiesenen wurde bedeutet, daß sie wegen antibelgischer Propaganda im Kreise nicht mehr geduldet werden können. Der Vorsteher einer höheren Lehrerschule wurde vorgeworfen, daß sie am 7. Juli einer sozialdemokratischen Versammlung als Zuhörer beigewohnt habe. Die Ausweisungen sind auf Denunziationen von Leuten zurückzuführen, die während des Krieges als Undeutsche waren und an Deutschland Geld verdienten, die jetzt belgisch sind und nun denen einer sich bereits geäußert haben, wenn Malmédy bei Deutschland bleiben werde, dann würde er wieder ein guter Deutscher werden. In Eupen und Malmédy verbreiteten die Belgier gänzlich unwahre Angaben, daß die Volksabstimmung in beiden Kreisen öffentlich sein sollte, um die deutsch gesinnte Bevölkerung zu terrorisieren.

Der bulgarische Widerspruch gegen die Friedensbedingungen.

Die bulgarische Delegation hat beim Friedenausschuss in Paris in einer Note Einspruch gegen die Bedingungen erhoben, die man ihm im Frieden auferlegen will. Namentlich wird Einspruch gegen die Höhe des von Bulgarien verlangten Betrages erhoben, Aufhebung der Zinsen und Ausbehnung der Zahlungsfristen gefordert. Die Bulgaren wenden sich ferner gegen die für Bulgarien unangünstige Wiederherstellung. Mit Bezug auf die militärischen Bestimmungen macht die bulgarische Regierung Vorbehalte hinsichtlich des Freiwilligenwesens, das ihr durch den Vertrag auferlegt werden soll. Ausgedehnte Auseinandersetzungen sind den territorialen Bedingungen gewidmet, namentlich wird eine Volksabstimmung in Thrazien und die Bildung eines selbstständigen Staates aus diesem Gebiete vorgeschlagen.

Der Münchener Gesellenmordprozess.

Eine der schrecklichsten Szenen des deutschen Bürgerkrieges hat jenen vor dem Volksgericht in München ihre unangenehme Seite gefunden: die beiden Hauptschuldigen an der Ermordung von 21 Mitgliedern eines katholischen Gesellenvereins sind zu je 14 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Juristisch war ein anderer Urteil kaum zu erwarten. Der Hergang war bekanntlich der, daß eine geheime, formell gegen das Belagerungsgebot verstoßene Zusammenkunft eines katholischen Gesellenvereins von Reichswehrtrouppen aufgehoben wurde: die Anwesenden wurden verhaftet und sollten in einem Keller einstecken als Gefangene untergebracht werden: der Führer der Unternehmung, Hauptmann v. Sutterheim, begab sich zu seinem Regiment, um Meldung zu machen. Inzwischen schloßerten eine Anzahl von Soldaten, Unteroffiziere und Wachmeister, die wehrlosen Gefangenen in bestialischer Weise an. Die Hauptschuldigen an diesem verheerenden Gemetzel standen jetzt vor Gericht und sind verurteilt worden.

Neben der Münchener Gesellenmorde sind bisher acht Leute zum Tode verurteilt worden. Der Gesellenmord ist menschlich nicht weniger niederträchtig und abscheulich. Man hätte auch hier am liebsten die Anklage auf Mord und das Urteil auf Tod gehört. Aber juristisch wäre das schwer zu konstatieren gewesen. Bei dem Gesellenmord ist Tage zuvor über das Schicksal der Verhafteten Beraten und über ihren Tod formell Beschluß gefaßt worden. Beschließende und Ausführende haben in voller Ruhe, also mit Vorbedacht, gehandelt. Beim Gesellenmord hingegen handelt es sich um eine Tat der Leidenschaft, des Augenblicks, des Blutdurstes, der Augenblicke. Das ist nach dem Gesetz nicht Mord, sondern Totschlag, und den Unterschied kann der Richter nicht vermissen. Wie weit die militärgerichtliche Voruntersuchung sorgfältig genug war, müssen wir dahin gestellt lassen. Der Verdacht erscheint wohl begründet, daß viel mehr Täter mitschuldig sein müssen, und der Hauptmann, der sich befreite brühte, während schon entsetzliche Rohheit die Gefangenen schwer mißhandelte, hätte wegen Beihilfe auf die Anklagebank gehört. Doch das sind Einzelheiten, die am Gesamtbild des abscheulichen Ereignisses nicht viel ändern.

Die Münchener Gesellenmord- und Gesellenmordprozesse müssen in jedem vernünftigen Menschen den Entschluß fällen, die politischen Kämpfe nicht mit den Waffen, nicht mit der Gewalt, nicht mit der Diktatur, sondern mit der Vernunft auf dem Wege der Demokratie anzuführen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

204 Milliarden Reichsschulden.
Der Reichsrat unter dem Vorsitz Kosses beschäftigte sich Sonnabend mit dem Entwurf des Haushalts der Finanzverwaltung. Die Schulden des Reiches haben sich in einem Jahre um 10,9 Milliarden Mark vermehrt. Am 1. April 1920 werden die Schulden des Reiches, wenn alle Kredite in Anspruch genommen werden, die noch offen sind, insgesamt 204 Milliarden Mark betragen, eine ungeheuerliche Summe, da wir vor dem Kriege nur 5 Milliarden Mark Schulden hatten, und unser gesamtes Nationalvermögen auf höchstens 200 bis 300 Milliarden Mark geschätzt wurde. Der Etat für 1919 belanziert in Einnahmen und Ausgaben mit rund 88 Milliarden Mark. Der Vertreter Preußens, Ministerialdirektor Kabis, erklärte, ja könne es unmöglich weitergehen. Es fehle dem Volke noch an der wahren Vorstellung über die Sachlage. Er empfahl, den Grundlag der Sparmaßnahme noch stärker zur Durchführung zu bringen.

Bayern verlangt die zeitweilige Einstellung des gesamten Personenverkehrs.

Auf Beschluß des Ministerrates wurde nach einer amtlichen Meldung aus München an den Reichsanwalt sowie an den Reichswirtschaftsminister ein Telegramm gerichtet, worin der bayerische Ministerialrat seine Auffassung betont, daß die in Süddeutschland herrschende Robbennot zur Katastrophe führen muß, wenn nicht die Einstellung des Eisenbahn-Personenverkehrs auf zehn bis vierzehn Tage erfolgt. Es wird ersucht, zur Beratung dieser Maßnahme die Verkehrsminister der einzelnen Länder sofort nach Berlin zu berufen.

Vom Klosterbruder zum Spaziatipen.

Vom Volksgericht in Augsburg ist dieser Tage der Schriftsteller Dr. Franz Rosenfelder, der leinzeitig als erster in Augsburg die Antirepublik ausgerufen hatte, wegen Hochverrats zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt worden. Rosenfelder ist 1885 in München geboren. Er studierte an der dortigen Universität Philosophie, Germanistik und Jura, ohne zu einem Abschluß zu kommen, wurde dann zunächst Schauspieler und trat 1906 in das Franziskanerkloster in Diefurt ein, sprang aber wieder aus und trat in das Benediktinerkloster St. Stephan in Augsburg ein. Auch dort hielt er sich nicht lange, wandte sich der Schriftstellerei zu und hielt sich fünf Jahre lang meist im Ausland auf. 1919 kehrte er nach München zum deutschen Sozial-

demokratischen Beseßler an und trat mit der französischen Sozialdemokratie und mit russischen Revolutionären in Verbindung, darunter auch mit Axelrod. Vom Sozialismus schloß sich der Wirtkopf nicht befreit und ging zum Kommunismus über. Das hielt den merkwürdigen Menschen nicht ab, bei Kriegsausbruch freiwillig ins Heer einzutreten. 1916 wurde er als dienstuntauglich entlassen, fing wieder das Schriftstellern an und verbrachte trotz seines Kommunismus auch „vaterländische“ Gedichte, darunter eines zu Kaiser's Geburtstag! Vor einigen Jahren hat Rosenfelder einige Zeit in der Kölner Freiheit in Frankfurt a. M. in Verbindung verbracht.

Zweifellos hat man es in ihm mit einem geistig nicht ganz zurechnungsfähigen Menschen zu tun. Es ist tief traurig, daß es noch so viele Arbeiter gibt, die solchen und ähnlichen „Intellektuellen“ nachlaufen und sich ins Verderben führen lassen.

Saase abermals operiert.

Der von einem Wirtkopf angeschlossene Führer der „Anabhängigen“, Hugo Saase, ist am Sonntag zum vierten Male operiert worden. Die Operation nahm einen bezartigen Verlauf, daß wahrscheinlich heute noch eine Amputation des verletzten Beines vorgenommen werden muß.

Erzbischöfliche Aufforderung zur Steuererbsverweigerung.

Auf dem Münchener Katholikentage hielt Erzbischof Faulhaber eine mit stürmischem Beifall aufgenommene Rede über die Religion und die Kirche im öffentlichen Leben. Der Redner wandte sich gegen das Bestreben, den Einfluß von Religion und Kirche aus dem öffentlichen Leben auszuschalten. Der Erzbischof erklärte auch, daß jeder Gottesgläubige das Recht habe, den Steuerzins zu verweigern, da die Gottesgläubigen durch den Eid bis auf den letzten Pfennig gefaßt und befreit würden, während die Freireligiösen nicht in die Gefahr kämen, wegen Meineides gefaßt zu werden. Das ist natürlich vollständiger Unsinn. Auch der Freireligiöse setzt sich der Gefahr aus, wegen Meineides belangt zu werden, wenn ihm nachgewiesen werden kann, daß er nachweislich die Unwahrheit behauptet hat.

Spaltung bei den Kommunisten.

Auf dem Parteitage der K. P. D. hat die Zentrale der Delegierten Leitlinie bekanntgegeben, in denen die grundsätzliche Anerkennung der parlamentarischen Tätigkeit verlangt und jeder Föderalismus verworfen wurde. Am Schluß fand sich der Vermerk, daß alle, die nicht auf dem Boden dieser Leitlinie ständen, aus der Partei auszuschließen hätten. Diese Leitlinie hatten den Organisationen vorher nicht zur Kenntnisnahme vorgelegt. Von den 48 Delegierten stimmten 18 gegen diese Leitlinie und wurden deshalb als außer halb der Partei stehend erklärt und zu sofortigem Verlassen des Parteitag aufgefodert. — Ein Teil dieser Delegierten ist sofort zu einer Konferenz zusammengetreten und hat die Vorarbeiten zur Durchführung einer kommunistischen Organisation in neuer Form der Parteigruppe in Hamburg übertragen.

Kleine politische Nachrichten.

Die „Agence Journal“ will wissen, daß Anklage gegen den Kronprinzen Rupprecht von Bayern erhoben worden soll, weil er als erster bei seiner Heeresgruppe giftige Gase in dem Augenblick angewendet habe, als andere Heerführer sich weigerten, dies zu tun.

In einem Erlass fordert der preussische Kultusminister die Schuldirektoren auf, gegen die Schülerkreise aufzutreten und solche zu verbieten. Die Schüler, welche streiten, sollen mit Verweisung von der betreffenden Schule bestraft werden.

Der Ausschuss der Nationalversammlung zur Vorbereitung des Betriebsrätegesetzes hofft die Mitte November seine Arbeiten erledigen zu können. Die Regierung beschäftigt das Betriebsrätegesetz bereits mit dem Januar in Kraft treten zu lassen.

Die Reichsregierung hat 100 Millionen Mark als Hebersteuerzuschüsse zu Handelschiffbauten bewilligen müssen, da die deutschen Reeder erklärt haben, keine Neubauten ohne diese Hilfe ausführen zu können.

Generalfeldmarschall Graf Gottlieb von Häfeler ist im Alter von bald 84 Jahren auf seinem Gut in Harmelap im Kreise Oberharnim gestorben.

In dem Finanzausschuss der sächsischen Volkskammer wurde mitgeteilt, daß der Schienenmangel so groß sei, daß auf mindestens zwei bis drei Jahre hinaus kein Eisenbahn- und Straßenbahnbau mehr möglich sein werde.

Bei Reisen nach Posen dürfen Geldbeträge bis 1000 Mark mit über die Grenze genommen werden.

Oesterreich.

Auf der Suche nach den Schuldigen.

Die von der österreichischen Nationalversammlung eingesetzte Kommission zur Untersuchung militärischer Pflichtverletzung im Kriege beschäftigte sich mit den Vorgängen in den letzten Tagen vor Abschluß des Waffenstillstandes mit Italien. Damals wurde an der ganzen österreichischen Front irrtümlich ein Befehl verbreitet, der den Truppen den Eintritt des Waffenstillstandes um 30 Stunden zu früh mitteilte, so daß die Italiener in zwei Tagen ungefähr 30000 Mann zu Gefangenen machen konnten. Der damalige Generalstabschef, General Arz erklärte bei seiner Vernehmung am Sonnabend, daß er es ablehnen müsse, vor einer österreichischen Untersuchungskommission Aussagen über diese Angelegenheit zu machen. Da Arz, der ungarischer Staatsangehöriger ist, sich auf ein ausbildendes Verbot der ungarischen Regierung stützte, wurde von seiner Vernehmung vorläufig abgesehen. Feldmarschall Waldstetter, der damalige Stellvertreter des Chefs des Generalstabes, bemühte sich, nachzuweisen, daß nicht anders vorgegangen werden konnte, wenn man während der Zeit bis zur offiziellen Einstellung der Feindseligkeiten unnötiges Blut hätte vermeiden wollen. Die Front hätte bereits begonnen, sich aufzulösen. In sehr offener Weise machten die Offiziere Bayer und Schnee Angaben. Nach ihrer Meinung war die Front schon am 3. November vollständig zusammengebrochen. Das Vorgehen der Italiener konnte damals nicht mehr aufgehalten werden.

Vereinigten Staaten.

Eine amerikanische Flottenstation auf den Azoren.

Nach der „Chicago Tribune“ haben die Vereinigten Staaten die Absicht, in Ponta Delgada auf den Azoren eine Flottenstation zu errichten.

Mexiko.

Ein mexikanisch-amerikanischer Zwischenfall.
Nach einer Radiomeldung wurde in Puebla (Mexiko) der Konsulagent der Vereinigten Staaten, Senkns, von Banditengefangenen genommen. Sie verlangen 150000 Dollar Lösegeld. Die mexikanische Regierung verweigerte der Botschaft der Vereinigten Staaten, daß alles unterommen werde, um die Freilassung der Geangenen durchzuführen.

Mehr Selbstsucht.

Wo warden die „Zulagen“ hin? In den Geldbeutel der Wucherer. Hier zwei Beispiele: Ein Mann betritt einen Bauernhof und fragt nach Kartoffeln. Der Bauer: „Ich habe keine, ich kann nichts abgeben.“ Der Mann: „Machen Sie keine Sache, füllen Sie nur die fünf Säcke — Soviel haben Sie schon noch übrig, ich zahle für den Zentner 20 Mk.“ Kleine Pause. Der Bauer: „Ma, da geben Sie mal die Säcke her.“ Eben betritt eine ärmlich gekleidete Frau den Hof, fragt nach Kartoffeln. Der Bauer: „Was geht Ihr denn?“ Die Frau: „Kun, was so der Höchstpreis ist.“ Der Bauer lacht, nickt mit dem Kopf und sagt: „Der gibt 15 Mk. für den Zentner, und wenn Sie das geben, können Sie welche kriegen.“ Das Frauchen geht betrübt ab, das übersteigt ihr Können — 20 Mk. der Zentner — Auf diese Weise werden täglich im ganzen deutschen Lande viele Tausende Zentner Kartoffeln der „Zwangsbewirtschaftung“ entzogen. — Das gleiche gilt für viele andere Artikel.

Wie und wann werden nun diese Zustände beseitigt, oder können sie überhaupt beseitigt werden? Ja! Aber ein bestimmtes Ja nur, wenn auf der einen Seite der unermüdbaren Sucht nach dem Mammon und der elenden Geldgier des Wucherers durch sofortige härteste Maßnahmen für immer ein Ende bereitet wird und wenn die konsumierende Bevölkerung selbst Hand anlegt und die von der Regierung und den behördlichen Stellen ausgehenden scharfen Maßnahmen gegen Wucher und Schleichhandel unterstützen hilft. Die angestellten Beobachtungen haben bisher vielfach das Gegenteil bewiesen. Auf der anderen Seite aber müssen sich die Massen wiederfinden und das Vertrauen zu den von ihnen in legitimes Parlament gewählten Vertretern darf nicht unterbunden werden. Die leidende Menschheit muß sich zusammenfinden im Glauben an den Sozialismus.

Protest gegen das Urteil wider die streikenden Tischler. Die am Sonntag, dem 24. Oktober, im Gewerkschaftshause tagende Generalversammlung der Bauarbeiter Lübeds hat einstimmig folgende Entschliessung angenommen: „Die Generalversammlung des Bauarbeiterverbandes, Bezirksverein Lübed, protestiert mit allem Nachdruck gegen das harte, dem Reichsempfinden des Volkes höhnisch-reisende Urteil, welches am Freitag, dem 24. Oktober, unter dem Vorsitz des Herrn Landgerichtsdirektors Meyer-Virgen gegen die streikenden Tischler S. S. und H. gefällt worden ist. Die Versammlung ist der Meinung, daß dieses Urteil in einem schreienden Gegensatz steht zu dem Urteil von einer Woche Gefängnis, welches vor kurzem gegen eine Frau in Rügen gefällt wurde, die in gemeinschaftlicher Weise sich der Milchfälschung schuldig gemacht hatte.“

Die Bauarbeiter Lübeds erwarten zuversichtlich, daß dieses Urteil, welches den früheren Schrecksurteilen der „Hoppentiedt-Kammer“ ähnlich steht, einer gründlichen Revision unterzogen wird.“

Zur Brotversorgung. Aus der Nachrichtenabteilung des Landesverwaltungsamtes wird uns geschrieben: Mit dem Ende der jetzt beginnenden Brotwoche werden die Bestände des Kommunalverbandes an 49prozentigem Mehl aufgebraucht sein. Vom 1. November ab werden daher an Stelle des bisherigen Einheitsbrot wieder zwei verschiedene Brote gebakken werden, nämlich ein Roggenbrot aus 82prozentigem Roggenmehl, sowie ein Weizenbrot aus 82prozentigem Weizenmehl, auch wird es neben dem bisherigen Weizenbrot wieder Semeln geben, welche jedoch nur auf die 50-Gramm-Marken der Brotkarte bezogen werden können, da Weizenmehl zurzeit nur in beschränktem Umfange zur Verfügung steht. Das Weizenbrot für Kranke wird einweisen in dem bisherigen Umfange weiter gebakken. Die Bestimmungen über den Bezug derselben auf besondere Berechtigungsbescheine bleiben bis auf weiteres noch in Kraft. Die erhöhten Getreidepreise sowie die sehr bedeutenden Ausgaben für die Drückprämiolen bringen im ganzen Deutschen Reich eine erhebliche Steigerung der Mehl- und Brotpreise mit sich. Sie sind vom Landesverwaltungsamt nach eingehender Beratung mit den Ausschüssen für Mehlerwerb und für das Bäckergewerbe festgesetzt auf 1,60 Mk. für das 1800-Gramm-Roggenbrot, 1,25 Mk. für das 1800-Gramm-Weizenbrot, 90 Pfg. für das 2-Pfund-Weizenbrot und 5 Pfg. für die 50-Gramm-Semmel. Ein Pfund 80prozentiges Weizenmehl wird von jetzt ab 44 Pfg. kosten.

Vorschriften über den Straßenhandel. Die vom Polizeiherrn vor einiger Zeit angeordnete Verordnung über den Straßenhandel ist in einem 15. Nachtrage zur Straßenpolizeiordnung am 24. ds. Mts. im Gesetz- und Verordnungsblatt erschienen. Sie enthält in erster Linie die schon früher bestandene Vorschrift, daß auf der Straße feste Handelsstellen nur mit Erlaubnis des Polizeiamtes errichtet werden dürfen, und fügt die neue Vorschrift hinzu, wonach einer gleichen Erlaubnis bedarf, wer Gegenstände unter Benutzung von Wagen, Karren, Tragelassen und anderen Beförderungsmitteln auf öffentlichen Straßen und Plätzen im Umherziehen feilhalten will. Damit ist der bisherige freie sogenannte Karrenhandel nicht wie früher, ohne weiteres zulässig. Wer solchen Handel, sei es mit Obst und anderen Früchten, mit Fischen oder anderen Gegenständen, ausüben will, muß sich mit einem entsprechenden Gesuch an das Polizeiamt wenden. Die neue Vorschrift ist aus verkehrspolizeilichen Rücksichten erlassen. Die Absicht des Polizeiamtes geht demgemäß dahin, den sogenannten Karrenhandel von bestimmten Straßenteilen, die vom Verkehr stark betroffen werden, zu entfernen.

Nach einmal die Spartakistenzusammenkunft in Karow. Zu der Berichtigung des Majors und Generalstabsoffiziers Matthies in der Sonnabendnummer geht uns ein mit Georga Frant jun. unterzeichnetes längeres Schreiben zu. In diesem werden alle Vorwürfe gegen die Reichswehrtruppen, wie sie im Volksboten Nr. 241 vom 15. Oktober seitens der Kommunisten erhoben wurden, aufrechterhalten. Der Fall sei ja auch in öffentlicher Versammlung klar gestellt worden.

Freilicht für Eisen- und Stahlwaren. Von der Zentralstelle der Ausfuhrbewilligungen für Eisen- und Stahlzeugnisse ist eine Liste der ausfuhrfreien Eisen- und Stahlzeugnisse nach dem Stande vom 1. Oktober 1919 herausgegeben worden, welche von Interessenten in der Rangzeit der Handelskammer abgefordert werden kann.

Strafkanauer. Drei Korbflechter mit Krumm sind im Frühjahr aus einem verschlossenen Eisenbahnwagen an der Untertrasse gestohlen worden. Zwei dieser Diebe sind bereits abgeurteilt. Am Freitag hatte sich wegen dieses Diebstahls der Elektrotechniker L., der seit März in Untersuchungshaft sitzt, zu verantworten. Der Angeklagte, ein Kriegsverwundeter, der geständig ist, wurde auf seinen Geisteszustand ärztlich untersucht. Nach diesem Gutachten ist er zwar gesund, aber energielos und daher leicht zu überreden. Das Urteil lautet auf 5 Monate Gefängnis, die durch die Untersuchungshaft als verübt angesehen werden. L. wurde sofort freigelassen. — Weil sie keinen Mantel hatten, darum muß die Hausangestellte A. ihrer Herrschaft einen Mantel gestohlen haben. Sie verlor ihn aber, diesen sofort zu ersetzen, wobei sie erlappet wurde. Außerdem ist ihr auch noch ein Bettsack an den Händen kleben geblieben. Die Angeklagte ist in diesem Jahre schon zweimal wegen Diebstahls verurteilt. Das Gericht will noch einmal Milde walten lassen und sie noch nicht dem Zuchthaus übergeben, erkennt aber auf 6 Monate Gefängnis. Wegen Rohle und Eisen hatten sich fünf Kohlenarbeiter, K. U., D. S. und D. zu verantworten. Es konnte nicht genau festgestellt werden, ob sie aus den abgemessenen Säcken, die sie zur Aushilfe führten, die Kohlen gestohlen haben, oder ob sie gleich

auf dem Kohlenplatz mehr volle Säcke austuben, als sie abfahren sollten. Ermittelt ist aber, daß sie unterwegs Kohlen verkauft und das Geld unter sich geteilt haben. N., der wegen Diebstahls vorbestraft ist, erhält 6 Monate, die übrigen Angeklagten je zwei Monate Gefängnis. Das Gericht empfiehlt der Firma K., zukünftig strengere Kontrolle zu üben, damit das Publikum das volle Gewicht erhält.

Uchtung, Holzsammler! Die Forstverwaltung verweist darauf, daß das Betreten der Holzwege, in denen die Holzhauer noch mit dem Fällen von Holz beschäftigt sind, während der Arbeitszeit wegen der damit verbundenen Gefahr unbedingt verboten ist.

Widerung der Ostseeblockade. Nach Meldung des Marinekommandos der Ostseeflotilla ist die Blockade so gemildert worden, daß praktisch die deutschen Seehäfen wieder unbeschränkt bleiben. Die Küstenschiffe können ihre Arbeit wieder aufnehmen. Das ist um so wichtiger, da der Frachts- und Sprossenfischfang beginnt.

Stadtheater. Da Herr Professor Antkes am Dienstag verhindert ist, der ersten hiesigen Aufführung seines Dramas „Don Juan's letzte Abenteuer“ beiwohnen, und infolge technischer Schwierigkeiten hat die Direktion eine Abänderung der Spielpläne vorgenommen. Es wird am Dienstag 8 Uhr die „Waldüre“ gegeben, während die erste Aufführung von „Don Juan's letzte Abenteuer“ am Mittwoch stattfindet. In der folgenden Woche wird dann das Antkes'sche Schauspiel am Dienstag und „Die Waldüre“ am Mittwoch gegeben werden. Auf jeden Fall werden also die Abonnenten beider Tage beide Werke, das Schauspiel und die Oper, in ihrem Abonnement bekommen.

Festgenommen wurde eine in der Großen Petersstraße wohnhafte Schneiderin, die verschiedenen Mitbewohnern des von ihr bewohnten Hauses mehrere Kleidungsstücke und dergl. gestohlen hatte. — Festgenommen wurde ferner ein Hilfsarbeiter aus Wilkshowa wegen Verdachts des Diebstahls beim der Fehler. Der Festgenommene hatte hier in verschiedenen Wirtschaften neue Zugstränge zum Kauf angeboten, über deren rechtmäßigen Erwerb er sich nicht genügend ausweisen konnte. Angenommen ist, daß die Stränge von einem Diebstahl herrühren. — Ermittelt und festgenommen wurde ein Lötger aus Görzig, der dabei betroffen wurde, wie er im Begriff stand, aus einem an der Obertrasse belegenen Restaurant einen Paletot zu stehlen.

14 000 Mark verloren. Heute morgen sind einer Dame 14 000 Mk. abhanden gekommen, die sie von einer hiesigen Bank abgeholt hatte und nach Hause tragen wollte. Das Geld wurde von der Geschädigten in einer schwarzen Ledertasche unter dem Arm getragen. Die Tasche kann von der Geschädigten verloren sein, doch ist es nicht ausgeschlossen, daß Diebstahl vorliegt. Vermißt wurde die Tasche von der Dame in der Holstenstraße. Für die Wiederherbeibringung des Geldes wird eine hohe Belohnung ausgesetzt.

Wandteppich-Diebstahl im Eutin'schen Schloß. In der Zeit vom 25. zum 26. d. M. sind aus dem Schloß in Eutin drei wertvolle Gobelins gestohlen, die den Garten in Versailles, Sonnentempel, springende Wasser und Bäume in Orangen darstellten. Die Gobelins sind 5,70 x 2,65, 6,60 x 2,65 und 4 x 2,65 groß.

Angrenzende Gebiete.

Eutin. Der Streik der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter ist beigelegt worden. Der Lohn bis zum 30. November beträgt jetzt pro Stunde 2,40 Mk. und vom 1. Dezember ab 2,50 Mk.

Eutin. In einer öffentlichen Volksversammlung der Unabhängigen sprach am Sonnabend Sülze-Lübed, der hauptsächlich gegen die jetzige Regierung wettete. Viel Glück hatte S. mit seiner einseitigen Beschimpfung der Mehrheitssozialisten nicht. Genosse Glöbe als Diskussionsredner empfahl in überzeugender Weise die Einigkeit im Proletariat. Die Befämpfung unter sich machte letzten Endes gleichgültig und zeitige Wahlmüdigkeit. Diese müsse zu den bevorstehenden Landesausschüssen mit allem Nachdruck vermieden werden. Hier gelte der Kampf einmütig nach rechts.

Hamburg. Prozeß Heil. Aus der Zeugenvernehmung sei noch hervorgehoben: Die Zeugin Frau Köhler hatte das mehrfach erwähnte Hundestell, mit dem allerlei Moxia getrieben wurde, auf einem Tisch gefunden. Sie sagt aus, daß die Stücke, die aus dem Kasse kamen, glühend gewesen seien, so daß sie zur Sülze nicht hätten verwendet werden dürfen. Heil meint, das Glühende sei lediglich durch zu langes Kochen entstanden, die Stücke seien deshalb aber nicht verderben gewesen. Die Zeugin ist entlassen worden, weil sie beim Finden des Hundestells gesteckt habe. Auch diese Zeugin ist, wie viele andere Arbeiterinnen, von dem häufig unberechtigt im Betrieb gewesenem Nachmeister festgehalten worden. Die Arbeiterin Frau Fries sagt aus, daß es im allgemeinen im Betriebe lauter gemessen sei, aber es sei wohl auch vorgekommen, daß schlechte Teile in die Sülze gekommen seien. Physikus Dr. Gasse-Ründer als Sachverständiger hat Heil auf seinen Geisteszustand untersucht. Er befindet, Heil habe früher an schweren Depressionen gelitten und sei auch in der Trennankalt-Friedrichsberg gewesen. Er habe viele Prozesse geführt und sei auch als Querulant anzusehen. Bei seiner, des Sachverständigen, Untersuchung habe Heil die Meinung vertreten, daß er mit seiner Sülze im Interesse des Nationalvermögens und der Allgemeinheit Großes geleistet habe. Heil leide an einer gewissen Hypermanie, jedoch sei er für keine Handlungsweise verantwortlich zu machen. Allerdings müßte ihm auf Fahrlässigkeit in bezug auf Schmutz etwas nachgesehen werden. Im weiteren Verlauf der Vernehmung des Sachverständigen wird festgestellt, daß Heil geäußert hat, daß es nichts Schlimmes sei, wenn man die Geschloßstücke zur Zubereitung der Orxal-Suppe verwenden würde. Dann wird ein Polizeikommissar vernommen. Letzterer hat den Betrieb revidiert, worauf derselbe geschlossen, nach einiger Zeit aber von Heil wieder eröffnet wurde. Der Kriminalbeamte Fest wird mehrfach vom Richter ob seiner Aussagen ermahnt. Er gibt aber zu, mal eine Zigarette bekommen zu haben. Heil bekennt, daß er den Zeugen bestochen hat. Sachverständiger Dr. Lendrich hält es für unzulässig, daß man Abfälle und Häute mit Geschloßstücken und Schwänzen, die sogar teils schon verwertet waren, verpackt und zu Nahrungsmitteln verarbeitet. Es hätte ein Schlachter im Betrieb sein müssen, um zu entscheiden, welche Stücke gut oder schlecht waren. Die Mädchen konnten das absolut nicht. Heil stellt fest, daß das Fleisch, das mit Maden befüllt ist, gut wäre. Er bildet sich allerdings ein, daß er mit der Herstellung der Sülze mehr geleistet habe, als Professor Lendrich. Professor Glöbe sagt als Sachverständiger, es sei nicht erwiesen, daß Hunde- oder Katzenfleisch zur Sülze verarbeitet wurde. Er unterscheidet auch genießbare und ungenießbare Geschloßstücke. Verdorrene Waren sind wissenschaftlich verarbeitet worden. Die Verarbeitung mit Kalk sei verboten. Es läge Fäulnis eines Lebensmittels vor. Ein Zeuge vom Kriegsverwaltungsamt sagt aus, daß man die Sülze auf Fleischgehalt geprüft, seines Wissens aber kein Fleisch gefunden hätte. Darauf wurde die Verhandlung vertagt. — Heil hat, als der Prozeß seinem Ende zuneigte, alle Verdamftheit auf, um sich als unschuldiges Lamm darzustellen. Wurde Heil belästigt, lächelte er und als einmal ein Wirtshausbesitzer besonders belästigt auslief, spielte er die gezeichnete Anschuldung und weinte still vor sich hin. Die Beschuldigungen haben nach Heil alle unwahre Aussagen gemacht. Gegen die Sachverständigen trat S. direkt unterworfen auf. Trotzdem ein erfahrener Gutachter erklärte, hier liege ein schweres Verbrechen am Volkswohle vor, trotzdem ein Chemiker die „Sülze“ nicht einmal als Ersatzware ansprach und festgestellt wurde, daß Geschloßstücke von Werten verarbeitet worden waren und Katzenfleisch gefunden wurde, fand Heil sehr milde Richter. Drei Monate Gefängnis und 1000 Mk. Geldstrafe resp. 6 Wochen Gefängnis gegen die Angeklagte Köhler wurden ausgesprochen. Der gestrenge Herr Staatsanwalt hatte 3 Monate und 1500 Mk. und für die Köhler 2 Monate Gefängnis beantragt. In der Begründung wird gesagt, daß das Gericht Bedenken habe, festzustellen,

den, daß der Angeklagte Pferdebesitzer verwendet habe. Es ist zwar festgestellt, daß Geschloßstücke im Betriebe gefunden worden sind, es sei aber möglich, daß sie von Heil in den dorthin getragenen seien. Was den Vorwurf des Handels ohne Erlaubnis betreffe, so komme für Heil die Bestimmung über den einschuldigen Zertum in Frage. Erwiesen sei aber, daß Heil Nahrungsmittel mit Kalk behandelt habe und daß er zu bestrafen. Genö habe er übergehende Nahrungsmittel verkauft. — Man sagt wohl nicht zu viel, wenn man behauptet, daß dieses Urteil geradezu ein Schlag ins Gesicht für das Volksempfinden bedeutet.

Hamburg. Lohnbewegung der Holzarbeiter. Eine Versammlung der Holzarbeiter nahm mit großer Majorität eine Entschliessung an, in der energisch gegen den Abschluß des Reichstarfes gefordert wird. Des weiteren erklärte die Versammlung, daß der materielle Inhalt des Reichstarfes von den tatsächlichen Teuerungsverhältnissen überholt ist. Sie fordert deshalb auf alle am Orte bestehenden Löhne eine Teuerungszulage von 75 Prozent Stünde mit entsprechender Gestaltung der Mindest- und Durchschnittslöhne sowie der Arbeitshöhe mit rückwirkender Kraft ab 15. Oktober.

Hamburg. Bestialischer Raubmord. Sonntag vormittag wurde der 58jährige Schuhmacher Wbrödt in seinem Geschäftslokal, WBC-Strasse 1, Keller, ermordet aufgefunden. Die Täter haben ihr Opfer fürchterlich zugerichtet. Der Schädel weist mehrere scharfkantige Hiebwunden auf, durch die die Schädeldede zertrümmert ist. Der Unterkiefer ist vollständig vom Kopf abgetrennt. Die Zähne lagen bei der Leiche, die entkleidet war, im Bett verstreut. Der Gaumen ist durch Beißhiebe vollständig zertrümmert. Der linke Unterarm ist durch sieben Beißhiebe vollständig zerstört, während die rechte Hand mehrfach aufgeschliffen ist. Es liegt unzweifelhaft Raubmord vor, da der Behälter durchwühlt und Fuhzeug, das zur Reparatur abgegeben war, fehlt. W. war unverheiratet und lebte in seinem Keller ganz allein. Die Täter müßten größere Geldsummen bei ihm vermutet haben, da er ein aufsehendes Geschäft hatte. Man vermutet, daß die Täter in Zuhälterkreisen zu suchen sind und hat nach dieser Richtung bereits eine Spur gefunden.

Hamburg. Der Friedensauschuss in Paris besprach die Unruhe, die durch die Entsendung deutscher Truppen in Kurland ausgebrochen sind. Der Fünfterrat befürchtet, daß die dorthin entlandten deutschen Truppen unter dem Vorwand, gegen Unruhen vorzugehen, zu Verhaftungen schreiten könnten, die die Volksempfindungen beeinträchtigen würden. Nach dem W.B. kann von Unruhen, die infolge der Entsendung deutscher Truppen in Kurland ausgebrochen sein sollen, nicht die Rede sein. In Wirklichkeit haben in der vorigen Woche Anaristische Arbeiterloserrückgefallen und um solches für die Zukunft unmöglich zu machen, ist ein Bataillon nach Kurland geschickt worden. — Der dänische Hauptmann Daniel Bruun ist von der internationalen Kommission zum Polizeidirektor im schleswigenischen Abstimmungsgebiet ernannt.

Hamburg. Gegen die Schiebungen in Nord- und Ostschleswig. Die Kontrolle der Grenzen an der Südgone des schleswigenischen Abstimmungsgebietes geschieht jetzt durch Militär. Es handelt sich um eine schon seit längerer Zeit dringliche Maßnahme, die sich gegen die Dieb- und Getreideheubebungen aus dem Süden richtet. Bis nach Herbst hinunter wurden Schiebungen nach dem Abstimmungsgebiet und von da weiter nach Dänemark vorgenommen. Die Abberung wird im Verlauf der Südgone der zweiten Zone vorgenommen. Wenn diese Maßnahme einige Unbequemlichkeiten für den Verkehr mit sich bringt, so war sie als einzig übrigbleibendes Mittel gegen die ungeheuren, Volk und Land schädigenden Verheerungen nicht mehr zu umgehen. Bei den Beschuldigungen in Kurland handelt es sich um Waren, die offensichtlich abgeschoben werden sollten. Schieber und Spekulanten sind im Begriff, Lager von Waren auch in die zweite Zone zu bringen, um sie, wenn das Gebiet befreit ist, ohne Schwierigkeiten in nördlichere Landesteile, die voraussichtlich an Dänemark fallen, zu schaffen.

Hamburg. Ein ganzes Dorf verurteilt. Den 34 Wandwirten des Dorfes Walle b. Wismar a. d. Aller war aufgegeben worden, ihre Milch an die Molkerei in Wismar abzuliefern. Sie hatten sich aber geweigert, dies zu tun, weil ihnen das zu viel Schwierigkeiten machte und weil sie die 3 Pfg., die sie für die Ablieferung über den festgesetzten Preis hinaus erhalten sollten, für keine ausreichende Bezahlung erachteten. Sie waren daraufhin angeklagt und vom Schöffengericht in Celle auch freigesprochen worden. Auf die von der Staatsanwaltschaft dagegen eingelegte Berufung wurden aber alle 34 von der Strafkammer verurteilt. Die Schwierigkeiten seien zwar anzuerkennen, doch sei die Ablieferung der Milch im Interesse der Allgemeinheit notwendig. Im Interesse der Allgemeinheit müsse heute aber jeder arbeiten, selbst wenn er dafür nicht voll entschädigt werde. In Anbetracht der tatsächlich vorhandenen Schwierigkeiten wurde aber die Strafe für jeden der 34 Angeklagten auf 10 Mk. festgesetzt.

Neueste Nachrichten.

Scharfe Auseinandersetzungen in der Friedensgesellschaft.

11. Kassel, 27. Oktober. Auf der außerordentlichen Generalversammlung der deutschen Friedensgesellschaft richtete Professor Nikolai (Berlin), der die Gruppe der Rabalsten vertrat, heftige Angriffe gegen den geschäftsführenden Vorsitzenden Professor Dr. Quide (München). Professor Nikolai vertrat in der Schlußfrage seinen Standpunkt, wonach Deutschland in der Hauptsache den Krieg verschuldet habe. Professor Quide verteidigte demgegenüber seine Haltung und sand bei lebhaften Unterbrechungen den Beifall der Versammlung. Herr von Gerlach nahm einen vermittelnden Standpunkt ein, trat aber für eine radikale Arbeit der Pazifisten ein, die allein das alte Vertrauen im Ausland wieder gewinnen könnten.

Verurteilte Räuber.

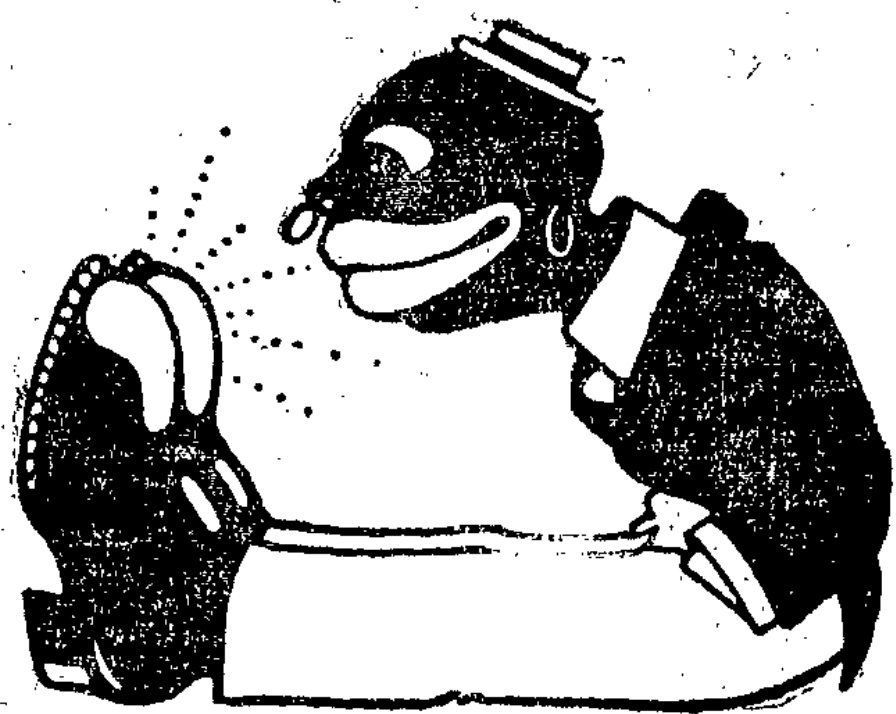
11. Dortmund, 27. Oktober. Zu Strafen bis zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilte das außerordentliche Kriegsgericht die fünf Räuber, die am hellen Tage zwei Beamte der Dortmunder Union überfielen und 127 000 Mark Lohngelder raubten. Unter den Verhafteten befindet sich der Prinzipssekretär des Bezirksdirektors. Von der gerabtesten Summe konnten 107 000 Mark wieder herbeigebracht werden.

Finnland lehnt ein Vorgehen gegen Sowjet-Rußland ab.

11. Stockholm, 27. Oktober. General Jundenski hat sich unmittelbar an die finnische Regierung mit der Bitte um militärische Unterstützung gewandt. Legiere hat das Ansuchen glatt abgelehnt. Auch der Druck, den jetzt englische Mächte, voran die „Times“ auf Finnland ausüben wollen, dürfte unwirksam bleiben.

Amerikas Vorbehalte.

11. Washington, 27. Oktober. Der Senatsauschuss für auswärtige Angelegenheiten hat vier neue Vorbehalte zum Friedensvertrag angenommen: 1. Amerika soll keinerlei Anerkennung in das Sekretariat des Völkerbundes, in den Rat oder irgendeine Kommission des Bundes vornehmen, ohne besondere Ermächtigung des Kongresses. 2. Die Bestimmungen des Völkerbundes über das Eigentum von ehemaligen Feinden soll nicht gültig sein, wenn amerikanische Interessen dadurch geschädigt werden. 3. Die Vereinigten Staaten lehnen es ab, irgendwelche Interessen zu übernehmen, sei es im eigenen Namen, sei es als Vormund. Sie lehnen auch jede Verantwortung für die amerikanischen Gebiete, die von Deutschland abgetreten worden sind, ab. 4. Dieser Vorbehalt erstreckt sich auf die Sicherstellung der nationalen Würde der Vereinigten Staaten.



Stiefel
soll nur mit
Lavalin
geputzt werden.

Überall zu haben.

Ein Schwarzer

Maurergezellen

stellt sofort ein.
A. Fasel, Baugeschäft,
(9149) Travelpmannstr. 11, v.

Alter Kinderwagen, alter
Schnur für Schirmmacher.
(9149) Kopenhagenstr. 12.

1 Knaben-Mantel West-
Loe-Bühnenstraße verlor.
Abzugeben
(9170) Bühnenstraße 40, 1.

Hasenfelle

Kanin-, Reh- u. Hirsch-
felle, sowie alle Sorten
Wildfelle,
Pferde- u. Kuhhaare
kauft stets zu den höchsten
Tagesspreisen

D. Wagner

Sollitzerstr. 8. (9145)

Lohnarbeit und Kapital

Von Karl Marx.
Mk. 1.50.

Lohn, Preis und Profit

Von Karl Marx.
75 Pig.

Das Erfurter Programm

Erläutert von Karl Kautsky.
Mk. 1.20.

Buchhandlung

Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstr. 46.

Morgen (9168)

frisches Fleisch.
G. Kohn, Schönkamin-
straße 3.

Die Verfassung

des
Deutschen Reiches

vom 11. August 1919.

Teräusgabe
mit Sachregister.

Preis Mk. 1.10.

Buchhandlung
Fr. Meyer & Co.

Ad. Hübnert, Uhrmach. u.
Goldarbeit., Fünfhausen 13.
Sig. Reparaturwerkstatt. 9142

Rauchtabak,

Zigarren, Zigarillos, [z
nur reine Qualitäten, und
nur an Private gegen Nach-
nahme. Nicht Besondere
wird zurückgenommen. Vor-
erst nur kleine Zusatzen
möglich. (9143)

Versandhaus Meisels,
Barnstädt, Martinstr. 26.

Fremdwörterbuch

Von A. Boneck.
Mk. 1.60.

Buchhandlung

Fr. Meyer & Co.,
Johannisstr. 46.

Die neuen

Postgebühren

(Mittig ab 1. Oktober 1919)

Preis 25 Pig.

Buchhandlung
Friedr. Meyer & Co.

Unsere

Damen-Konfektion Damen-Hüte Pelz-Waren

mit vornehmstem Geschmack gewählt,
sind Ihres Beifalls sicher.

Prüfen Sie unsere Qualitäten
Vergleichen Sie unsere Preise u.
Sie werden bei uns kaufen

9166

In unserer Damen-Konfektions-
Abteilung:

Damen-Ulster

flotte 3/4-lange Sportjassen aus
warmen Stoffen
Mk. 85.—

Damen-Kostüme

schwarz, marine und farbig
moderner Machart
Mk. 145.—

Kostüm-Röcke

aus englisch. gemusterten festen
Strapazierstoffen, moderne Form
Mk. 36.—

In unserer Putz-Abteilung:

Garnierte Damenhüte
kleidsame Formen
Mk. 29.— 24.—

Moderne Sammethüte
mit aparter Flügel- u. Bandgarn.
Mk. 34.— 27.—

elour- und Haarfilzhüte
elegante Formen
Mk. 65.— 45.—

Pelzkragen u. Muffen

auserlesen gute Qualitäten;
in gediegener Konfektion

In unserem Erfrischungsraum:
Täglich nachm. von 3—5½ Uhr

Konzert
der Künstlerkapelle Horatkeel.

Holstenhaus

G. m. b. H. Lübeck

Uebersee-Tabak

Grobschnitt	100 g	Mk. 5,—
Netto-Gewicht	250 g	" 12,—
Mittelschnitt	100 g	Mk. 5,95
Netto-Gewicht	250 g	" 14,—

Mischware:

(915)
Tabak-Mischung ¼ Pfd. Mk. 1.95.
Shag-Mischung ¼ Pfd. Mk. 1.75.
Zigarren — Zigaretten — Pfeifen — Stöcke
Dän. Kautabak.

Zigarettenpapier wieder vorräthig.
Drehsens Zigarren-Spezial-Haus
Holstenstraße 13/15. Fernruf 8937.

Zentral-Hallen

Morgen Dienstag: **Gr. Tanzkränzchen.**
Sonntags: **Großer Ball**

„Das Bad am Samstag abend“

in 7 Fenstern des Schragen
eröffnet unsere diesjährige

Spielwaren-Schau.

Unser 3. Stock bildet eine einzige große
Spielwaren-Stadt.
Alle artigen Kinder mit ihren Eltern
sind eingeladen.

„Das Bad am Samstag abend“



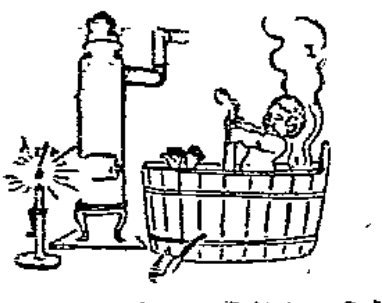
Sie sieht man Franz und Bruder Frähen
zu zweit in einer Wanne sitzen.
Die alte Lene geht; — und gleich,
Da treibt man lauter dummes Zeug.



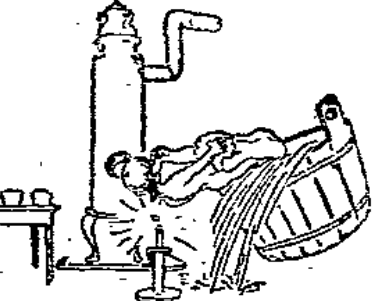
Schänzchen fängt fest an zu spritzen,
Das ärgert aber Bruder Frähen.



Doch der mit seiner großen Zehe
Tut Schänzchen an der Nase wehe.



Franz aber zieht an Frähens Bein;
Der zappelt sehr und kann nicht schrein.



Die Wanne wird zu enge
Für dieses Kampfsgebränge.



Verdächtig! — Die alte, brave Lene
Kommt leider grad zu dieser Szene.
Sie spricht voll Würde und voll Schmerz:
„Die Keuschheit ist nicht zum Scherz!“



Und die Moral von der Geschicht:
Sag' zwei in einer Wanne nicht!

Rudolph Karstadt Lübeck

Pa. Magdeh. Sauerkehl

vorrätig. (9162)
Ludwig Wiegels, Fischer-
gr. 60.

Stahlrohrmatratzen

in Vertikale n. Maß Metast-
zeit. Vorkauf an jedem
Rat. f. Einmöbelfab. Suhlitz.

Händlern zur Probe!
1 kg rein Uebersee- Mittel-
schnitt Nr. 45, 200 Stk. la.
engl. Zigaretten Nr. 65,
100 Rollen la. Kautabak
aus reinem Uebersee-Tabak,
gut gebeit Nr. 75, ab hier.
Liefere lauf. jeden Posten!
Wilhelm Kirsten, Wies-
baden 2. (9141)

Groß-Lübeck

E. K. Diels, Befergr. 22.
Erste u. gemüthliche
Bauernschänke
Lübeck.
Täglich Konzert!
Ab Mont.: Neue Kapelle

Sitzung

des
**Gewerkschafts-
kommission**
am Dienstag, d. 28. Okt.,
abends 8 Uhr,
im Gewerkschaftshaus. (9174)

Lübecker
**Genossenschafts-
Bäckerei**
e. G. m. b. H.

Ordentliche General- Versammlung

am Dienstag, d. 4. November
abends 8 Uhr
im Gewerkschaftshaus
Johannisstraße 50—52,
Tagesordnung:
Geschäfts- und Kassenbericht
vom 3. Quartal 1919.
Anteilsscheine legitimieren.
Lüb. Genossensch.-Bäckerei
e. G. m. b. H.
9158) Der Vorstand.

Stadthallen- Lichtspiele

Lübeck, Mühlentorbrücke 13.
Heute und folgende Tage:
Die Rache des Titanen
Drama in 6 Akten
mit Fern Andra.
Kreuziget sie!
Drama in 4 Akten
mit Pola Negri.
Außerdem der interessante
Industriefilm: (9164)
Die Kohle.

Hansa-Theater

Montag, 7 Uhr:
Die Faschingsfee.
Operette von E. Kalman.
Dienstag: 9157
Zum 1. Male:
„Hoheit tanzt Walzer“
Operette von Leo Ascher.
Mittwoch:
„Hoheit tanzt Walzer“.

Verein d. Musikfreunde in Lübeck.

5. volkstümli. Konzert

Montag, den 3. Novbr. 1919,
7½ Uhr im Stadttheater,

Mendelsohn, Ouverture und
Musik zu „Sommernachts-
traum“.
Weber, Freischütz-Ouver-
ture.

Rich. Strauss, Don Juan.
Liszt, „Les Préludes“.

Der Vorverkauf beginnt
am Dienstag, dem 28. Oktbr.
an der Stadttheaterkasse,
nachmittags 4—5 Uhr und
wird an den folgenden
Tagen zu den üblichen
Kassenstunden fortgesetzt.

Vorbestellungen sind nicht
zulässig.

Preise der Einzelkarten:
Mk. 1.50, 1.20, 0.75. 9155

Stadttheater Lübeck

(9156)
Dienstag, den 28. Oktober:
7. Vorstellung im Dienstag-
abonnement.

Anfang 6 Uhr.

Walküre.

Mittwoch, den 29. Oktober:
7. Vorstellung im Mittwoch-
abonnement.

Don Juan letztes Abenteuer.

Donnerstag, den 30. Okt.
Schauspielgemeinde.
Rote Karten.

Kurth von der Kreith.

Deutsche Nationalversammlung.

Die Verkehrsnot.

Der ehrgeizige Herr Bell wurde des Vergnügens teilhaftig neben dem Kolonialetat auch den Verkehrsnot zu vertreten. Das war eine Grab-, das andere eine Lauffreude. Ueber unser Verkehrsnot wäre viel zu sagen. Herr Bell sprach lang und jagte wenig. Aus den Eisenbahnen ist nicht mehr viel herauszuholen, eine kleine Besserung ist durch bessere Aufteilung des Verkehrs unter größerer Inanspruchnahme von Wasser- und Kraftwagentransport zu erzielen. Darum will Herr Bell sich kümmern. Ueber die sonstigen Darlegungen des Verkehrsministers hinaus gewinnt die Aussicht auf Zentralisation des gesamten Verkehrswezens besondere Bedeutung, sie soll eine der segensreichsten Wirkungen der neuen Verfassung werden. Darüber, wie wir aus der jetzigen Verkehrsnot herauskommen sollen, wurde wenig gesprochen. Nach Meinung der Regierung scheinen alle technischen Mittel angelegt. Es bleibt nunmehr der Appell an dem guten Willen aller Mitbürgenden, die über die Krise hinwegzuhelfen müssen. Genosse K o h z u r sprach sich gegen das Affektssystem aus, da es nicht geeignet sei, die Arbeitsfreudigkeit zu heben. Mit ihm wurde endlich eine Stimme laut, die sich gegen den Anfrags- und Wunschflug der Rechten wendete. Treffend sagte er, daß heute alles anders künde, wenn sich diese Herren noch im kaiserlichen Deutschland um das Regieren so im einzelnen gekümmert hätten, wie sie es jetzt tun. Dem Demokraten Jopffel blieb es vorbehalten, in der Zeit der Verkehrsnot zu einer großzügigen Propaganda für das Reisen in Deutschland zu raten. Der Deutschnationale D e g l e r erregte den Zorn des Herrn Bell, weil er die allerdings nicht stichhaltige Forderung nach einem Fachmann als Verkehrsminister stellte.

108. Sitzung. Sonnabend, den 25. Oktober.

Am Regierungstisch: Bell.

Das Haus ist zu Beginn der Sitzung so gut wie leer. Reichsverkehrsminister Dr. Bell: Bevor ich zu meinem Etat das Wort nehme, muß ich über einen schweren Unglücksfall zu Ihnen sprechen, der sich am 24. dieses Monats auf dem Bahnhof K r a n s w i k, der Nebenbahn Ratibor-Troppau, infolge Zusammenstoßes eines einkehrenden Personenzuges mit einem über das Grenzgebiet des Nachbargeleises hinausgehenden Güterzuge ereignet hat. Vier Wagen wurden zerrümmert, zahlreiche Reisende getötet oder verletzt, viele auch durch einen Brand, der dadurch entstand, daß Schmuggler beträchtliche Mengen Spiritus im Zuge bei sich führten, die sich im Augenblicke des Zusammenstoßes entzündeten. Im Einvernehmen mit dem preussischen Minister der öffentlichen Arbeiten und zugleich im eigenen Namen spreche ich den bedauerndsten Angehörigen der Reisenden und Getöteten und allen bei dem Unglück zu Schaden gekommenen Angehörigen das tiefste Mitgefühl der Eisenbahnverwaltung und der Reichsregierung aus. (Das Haus hat sich von den Sätzen erhoben.)

Das Reichswirtschaftsministerium.

Reichswirtschaftsminister Dr. Bell: Reichsnot, Wirtschaftsniederstand, Finanzleiden, Arbeitslosigkeit, Disziplinlosigkeit, Kohlenmangel und Verkehrsnot sind die Lauffreuden, die an der Wiege des neugeborenen Reichswirtschaftsministeriums nicht gerade glückverheißend erscheinen. Das Reichswirtschaftsministerium ist für die gesamten Verkehrsfragen mit Ausnahme der Postangelegenheiten zuständig. Aus der Umgrenzung der Arbeitsgebiete, die in das Eisenbahn-, Wasserstraßen-, Luft- und Kraftfahrwesen zerfallen, ergibt sich ein Geschäftsbereich, dessen Umfang und Tragweite kaum noch übertrieben werden kann. Kern des Arbeitsprogramms ist die tunlichste Zusammenziehung aller Verkehrsmittel. Der vollständige Ausbau des Ministeriums wird erst in Erscheinung treten, wenn die Ueberleitung der Staatsbahnen auf das Reich erfolgt und dem Reich eine unmittelbare Betriebsverwaltung mit eigenem Bahnbetriebsamt zuzählt. Zu den Aufgaben des bisherigen Reichseisenbahnamtes gesellt sich die Liquidation der Reichseisenbahnen in Elsaß-Lothringen. Dort hat eine plethorische Beamten- und Arbeiterkraft in 50 Jahren deutscher Kulturarbeit dem Reich vorbildliche Dienste geleistet. Die deutsche Regierung erwartet, daß die französische Regierung die dem deutschen Eisenbahnpersonal und seinen Angehörigen durch

die französische Feldbahnkommission wiederholt gegebenen Zusicherungen über Unverletzlichkeit des persönlichen Eigentums einlöst und in den Fällen, worin entgegen den Zusicherungen Eigentum zurückgehalten oder veräußert worden ist, die Freigabe angeordnet oder ausreichende Entschädigung gewährt wird. Fast 5000 deutsche Beamte und 2500 deutsche Arbeiter werden in der nächsten Woche Elsaß-Lothringen verlassen haben, zahllose weitere folgen. Die Sorge für diese Bediensteten ist eine Ehrenpflicht des Reiches. Alle Länder erklärten sich zur Uebernahme bereit. Ich richte besonders an die Gemeinden die Bitte, bei Bekämpfung von Wohnungsnot behilflich zu sein. — Zur Ueberleitung der Staatsbahnen auf das Reich bedarf es der Festlegung der Uebernahmebedingungen im Vertragswege oder, wenn dies nicht gelingen sollte, durch den Staatsgerichtshof. Bei der Besetzung des Ministeriums — das bisherige Reichseisenbahnamt und das Reichsamt für die Verwaltung der Reichseisenbahnen kommen in Fortfall — wird auf die beteiligten Länder weitgehendste Rücksicht genommen. Die Verkehrseinheit bedeutet die größte innerpolitische Ergründung der neuen Reichsverfassung. Bezüglich der Beteiligung des Personals an den Arbeiten der Eisenbahnverwaltung besteht die nächste Aufgabe des Reichsverkehrsministers darin, Verhandlungen zur Bildung einer Vertretung der Organisationen des gesamten deutschen Eisenbahnpersonals beim Reichsverkehrsministerium aufzunehmen. Die bisherigen gelegentlichen Besprechungen des Reichsverkehrsministers mit Vertretern der Organisationen haben zu einer erfreulichen Klärung und der Feststellung eines wechselseitigen Vertrauensverhältnisses mit zielbewusster Gemeinschaftsarbeit geführt. Die konstituierende Sitzung soll in Kürze stattfinden. Die Gesamtvertretung soll sich auf den Organisationen der Länder aufbauen. Das Reichsverkehrsministerium rechnet auf das volle Vertrauen und die tätige Mitwirkung des gesamten Personals und seiner Organisationen. Als Ergänzung hierzu tritt die Mitarbeit des Reichswirtschaftsrates, des Rates für Tarif- und Verkehrsfragen, des Reichseisenbahnrates, der Landesbahnräte und der Bezirksbahnräte. Nicht minder bedeutungsvoll ist die Mitarbeit des Personals in dem durch das Betriebsratsgesetz zu beginnenden Umfange. Sämtliche Fragen, die im Laufe der letzten Jahre über die zukünftige Ausgestaltung des Eisenbahnwesens aufgetaucht und teilweise zu praktischen Vorschlägen verdichtet sind, sollen eingehende Beratung und Behandlung finden. Das gilt besonders von der Frage der Gründung einer Reichseisenbahngesellschaft, sowie des Verhältnisses der Eisenbahnverwaltung zur Finanzverwaltung. — Auf dem Gebiete der Tarifpolitik sind die Aussichten recht trüblich. Dauert die verhängnisvolle Geldentwertung länger an, so kann daran auch die Tarifpolitik nicht achtlos vorübergehen. Unerwartet darf die Erhöhung der Tarife nicht soweit gehen, daß dadurch die Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik schädlich beeinflusst werden. Auf dem Gebiete der Elektrizität wird das Ministerium die Beziehungen der heutigen Eisenbahnverwaltungen zweckentsprechend zusammenzuschließen. Die Verteilung des Wasserstraßenverkehrs auf 14 Staaten macht eine großzügige Verkehrspolitik unmöglich. Die Zentralisation wird auch hier von großem Nutzen für die Gesamtheit sein. Jetzt ergibt sich infolge der Kriegswirkungen infolge einer eigenartigen Umstellung, als die Eisenbahnfrachten unter den Selbstkostenpreis bleiben, während die Wasserfrachten die Selbstkosten bedeutend übersteigen. Daraus ergibt sich auf der einen Seite der nach Milliarden zählende Fehlbetrag im Eisenbahnhaushalt, wogegen die Schifffahrt als Privatunternehmen begreiflicherweise Gewinne erzielen wollte, nachdem ihr der Gütertransport zwar gewissermaßen überlassen wurde. Die zukünftige Tarifpolitik muß sich mit der Frage befassen, wie sich das Verhältnis der Frachttarife von Eisenbahn und Schifffahrt zu einander gestalten soll. Die Eisenbahnen sind ausschließlich Verkehrsanstalten, die Wasserstraßen dagegen gleichzeitig Mittel zur Förderung der allgemeinen Landesökonomie, obwohl der Landwirtschaft wie der Industrie. Nachstens wird ein Gesetzentwurf über das Reichsflutrecht vorgelegt werden. Hier gilt es Neuland zu bearbeiten. Die Fragen des Verkehrsnot haben vor allem einen hochpolitischen Charakter. Geltingt es nicht, in kürzester Zeit der weiteren Steigerung der Verkehrsnot einen Riegel vorzuschieben, so haben wir bestimmt mit dem Zusammenbruch unseres Wirtschaftslebens und der Verjüngung des deutschen Volkes mit den notwendigen Bedarfsartikeln zu rechnen. Es ist eine Untersuchung darüber eingeleitet, ob innerhalb der einzelnen Verkehrswege — Eisenbahnen, Schifffahrt, Kraftfahrwesen — noch eine weitere Gleitreibung der Leistungen zu erzielen ist. Wir dürfen uns darüber nicht hinwegtäuschen, daß leider nicht zu viel mehr herausgeholt sein wird. Die Reserven sind im Eisenbahnwesen längst erschöpft und erschöpft. Meine vornehmste Aufgabe muß es sein, festzustellen, ob über den Bereich der erwähnten einzelnen Verkehrswege hinaus

das Ineinanderreifen der Verkehrswege gesichert ist, ob insbesondere die notwendigen Eisenbahnen durch Schifffahrt und Kraftwagen nach Maßgabe der Leistungsfähigkeit dieser Verkehrswege entlastet werden.

Herr K o h z u r (Soz.): Selbst wenn es uns gelingen sollte, zu einer Bindung unseres Verkehrswezens zu kommen, werden uns in der nächsten Zeit bittere Enttäuschungen nicht erspart bleiben. Das Erbe, das der neue Verkehrsminister vorfindet, erweist keine großen Zukunftshoffnungen. Die Eisenbahnen befinden sich in einem trostlosen Zustande. Nicht nur ihre Finanzen sind zerrüttet, sondern auch der mechanische Apparat ist vollständig heruntergewirtschaftet. Jetzt hat die Verkehrsnot ihren Höhepunkt erreicht. Und trotzdem rechnet der preussische Minister der öffentlichen Arbeiten damit, daß noch weitere Einschränkungen nötig werden dürften. Warum man die durchgehenden Güterzüge, die zweifelslos den Güterverkehr beschleunigt hätten, nicht eingeführt hat, ist unbegreiflich. Es wird behauptet, wir hätten keine Wagen, keine Lokomotiven, keine Kohlen. Aber im Westen werden infolge der unerhörten Korruption ganze Hügel verschoben. Die Restehungsgebeir an einzelne Beamte sollen 80 Millionen monatlich betragen. Aufgab der Regierung ist es, hier einmal mit raucher Hand einzugreifen. (Beifall links.) Es darf nicht in der Bevölkerung der Glaube aufkommen, daß gewisse Stellen ein Interesse daran haben, die Verwaltung der Republik gegenüber der Monarchie zu diskreditieren. Hätten wir im Frieden dem Bau der Wasserstraßen mehr Beachtung geschenkt, so hätten wir im Arzte den Verkehr besser aufrecht erhalten können. Die Schuld daran trifft im wesentlichen die konservative Partei. (Sehr richtig! links.) Sie ist auch schuld daran, daß die Vorschläge des Geheimrats Kirchhoff und anderer Berater nicht bearbeitet worden sind. Es ist notwendig, die Reichseisenbahnen vollständig zu demokratisieren. Der Aufstieg der Tüchtigen muß in der Praxis ernstlich durchgeführt werden. Die lächerliche Summe von 750 000 Mark für nützliche Erfindungen auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens ist viel zu gering, um den Beamten einen Anreiz zu geben. Es ist auch notwendig, die großen gewerkschaftlichen Organisationen zur Mitarbeit heranzuziehen. (Zustimmung links.) Meine Fraktion ist gegen den Antrag Kräfte- und Genossen, der die Regierung erucht, dem Reichsverkehrsminister bei der Durchführung der Ueberführung der Eisenbahnen auf das Reich einen parlamentarischen Beirat zur Seite zu stellen. Die Arbeit der Nationalversammlung wird schon durch zu viel Beiräte und Ausschüsse erschwert. Wenn die Herren der Rechten nur einen Bruchteil der Wünsche, die sie jetzt der republikanischen Regierung unterbreiten, im monarchischen Staat verwirklicht hätten, dann stände es jetzt besser. (Sehr richtig! links.) Wir wünschen, daß der Reichsverkehrsminister für eine baldige Aufbesserung der Bezüge seiner Beamten sorgt. Er darf die Hebung der Leistungsfähigkeit nicht durch Zwangsmaßnahmen gegen das Personal herbeizuführen suchen, sondern durch Demokratisierung und Aufhellung der Bezüge. Das Affektssystem scheint gegenwärtig alle Herren zu begeistern, Arbeitsfreudigkeit wird man aber den Eisenbahnern dadurch nicht beibringen, sondern sie nur verbittern. Wir warnen davor, dieses System gegen den Willen der Arbeiter durchzuführen. Im allgemeinen wünschen wir, daß das Programm des Ministers Wirklichkeit werden möchte, und daß es ihm gelinzt, das Verkehrswezen so zu gestalten, daß die Betriebe des Reiches Mutterbetriebe werden. (Leb. Beifall bei den Soz.)

Herr S c h i r m e r (Z.): Die Beschränkungen Süddeutschlands, besonders Bayerns hinsichtlich unerwünschter Folgen einer allzu strengen Zentralisation der Verwaltung möge das Reichsverkehrsministerium durch seine Maßnahmen zerstreuen. Die Kohlennot befreit die Bevölkerung Süddeutschlands besonders stark. Dabei steht in Belgien und Frankreich ein Teil unserer Lokomotiven und Wagen unbenutzt auf den Bahnhöfen und droht zu verrotten. Man muß versuchen, sie zurückzuerhalten.

Reichsverkehrsminister Dr. Bell: Im Wertstättenleben, das den Sitz des Lebens für manche Verkehrsnot bildet, ist das Bräutigamsleben auch kein Mittel. Für eine schnelle Einbringung der Beamtenbesetzungsreform werde ich eintreten. Wir ist nicht bekannt, daß die Entente uns weitere Lokomotiven zur Verfügung gestellt hat. Eine Ueberweisung von Reparaturen an die Privatindustrie ist nicht immer anmöglich, weil die Fabriken auf derartige Reparaturen nicht eingestellt sind. Das Schiebertum ist eines der größten Verkehrsbehindernisse.

Herr Dr. J o p f e l (Dem.): Wir hätten eine Einbeziehung der Post in das Reichsverkehrsministerium gern gesehen. Mit der Uebernahme des Verkehrs erhält das Reich einen Besitz, den es durchaus hypothekarisch belasten könnte.

Herr D e g l e r (Nat.): Dem Ministerium fehlt der Apparat zur Ausführung der ihm gestellten Aufgaben. Es war falsch, an die Spitze des Eisenbahnministeriums einen Nichtfachmann zu

Ingenieur Horstmann.

Roman von Wilhelm Hegeler.

21. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

Diese Eigenschaften waren Anna Kardinaltugenden. Sie besaß Kunstverständnis, liebte Bilder und schwatzte mit Geist darüber. Man atmete in ihrem Haus eine wirklich freie Luft, frei von Vorurteilen und jeglicher Banalität. Dazu besaß sie diese rheinische Lebenswürdigkeit, die jedem Menschen die Illusion gab, jahrelang mit ihr bekannt zu sein.

Aber tonangebend in der Gesellschaft zu sein, ist auch eine Leidenschaft, und die auf die Dauer die ganzen Kräfte der Frau aufzehrt. So kam es, daß Anna nicht nur ihre ganze Zeit mit ihren Verpflichtungen gegen die Gesellschaft hinbrachte, sondern daß sie auch für nichts anderes mehr Gefühl und Interesse behielt.

Die Zuneigung zu ihrem Manne war so gut wie erloschen. Das erste Jahr hatte sie sich wirklich gegreut, daß Horstmann den Leuten nicht gefiel. Es war ja nicht gerade nötig, daß er ein Löwe der Gesellschaft wurde, wenn er nur so eine angenehme Null geworden wäre, wie etwa Herr Oswald, über den man gelegentlich witzelte, den aber alle gut leiden konnten. Warum war Horstmann so unbeliebt? Als kluge Frau merkte sie bald den Unterschied. Der dicke Bierbrauer war eben eine Null und trat als solche auf, Horstmann aber war etwas und lehrte das heraus. In seiner schweigsamen Zurückhaltung lag ein Stolz, der die Leute verlegte.

Anna war sich wohl der Größe ihres Mannes bewußt. Aber ganz Frau der Gesellschaft, wie sie damals war, für die die Mode die Zauberformel ist, der sich alles unterwirft, stimmte sie in die Meinung der Gesellschaft ein und fand ihren Mann ebenso unverdaulich wie die andern.

Von dieser innerlichen Entfremdung bis zum offenen Bruch war freilich noch ein langer Weg. Aber es kam schon damals manches vor, was dem Ingenieur auffiel und ihn verstimmt. Ganz hingenommen von dem ewigen Trübel, vernachlässigte Frau Horstmann ihren Mann immer mehr. Sie war zerstreut und müde in seiner Gegenwart. Sie vergaß ihre kleinen Koketterien und ließ ihn manchmal merken, daß er sie langweilte. Oder wenn sie lebenswürdig war, so kam sie hinterher stets mit einer Bitte, meistens um Geld. Er merkte nicht die Abhängigkeit in ihrem Benehmen, er fühlte nur ein gewisses Unbehagen, daß es anders war wie früher, einen dumpfen Schmerz, als wenn ihm seine Frau entfremdet würde.

Er schob alles auf das neue Haus. Dies Haus hatte ein Süddeutscher Architekt gebaut, aber Bert hatte an den Plänen

verändertes geändert. Auch an der inneren Einrichtung hatte er mitgewirkt, es stand nicht ein Stück Möbel anders, wie es angeordnet hatte, nicht eine Tapete, nicht ein Bild, nicht eine Gardine war ausgetauscht, die er nicht mit bestimmt hätte. Horstmann dagegen kam in dies Haus hinein, ohne den geringsten Anteil gehabt zu haben. Wenn er Anna seine Hilfe anbot, war ihre stete Antwort:

„Warum willst du dich damit quälen, ich besorge das schon. Bert hilft mir.“

Eines Tages wurde in seiner Abwesenheit der Umzug bewerkstelligt, und statt nach der Sternstraße ging er nach der Hofgartenstraße. Aber das neue Haus blieb ihm so fremd, daß er sich oft verließ; und erst auf der Treppe des alten fiel ihm ein, daß er dort nicht mehr wohnte.

Er schnehte sich nach den früheren Räumen zurück. Jetzt, wo er sich den Palast gebaut hatte, der ihm so oft in der Phantasie vorgeschwebt hatte, gestand er sich manchmal sehnsüchtig, daß er für den Luxus nicht geschaffen sei. Von all den Leuten, die in diesem Hause aus und ein gingen, paßte er am allerwenigsten hinein.

Er selbst hatte das trostlose Gefühl, stilllos zu wirken. In der Einrichtung des Eßzimmers hatte er verändertes ändern wollen. Darüber kam es zu einem Streit. Anna ging nicht auf seine Wünsche ein, sondern behauptete, so wie es sei, sei es eben gut.

„Nieber Gustav, ich habe das mit Holleder so eingerichtet. Es muß so bleiben. Frag nur Holleder!“

Horstmann hegte seit einiger Zeit eine gewisse Abneigung gegen seinen früheren Freund, dessen Namen er in Annas Munde allzuoft hörte.

„Was geht mich Holleder an!“ verlegte er gereizt. „Holleder wohnt nicht hier, sondern ich.“

„Aber Holleder hat Geschmack.“

„Was? Willst du behaupten, ich hätte keinen?“

„Gott, das behaupte ich nicht. Aber Holleder ist eben ein Künstler, der sich auf diese Dinge versteht. Wenn wirs anders machen, blamieren wir uns einfach vor jedem Maler, der uns besucht.“

„Zum Donnerwetter, so blamieren wir uns eben. Die Sachen werden so gestellt, wie ich will. Berkehrt du! Und wenns den Malern nicht paßt, können sie ja weg bleiben.“

Noch an demselben Abend ließ er von dem Diener und dem Kutscher die Sachen umstellen. Den ganzen Sonntag über sprach Anna mit ihrem Manne kein Wort. Als er wieder in Luringen war, bereute er seine Barschheit. Er sah das Ganze als eine Bagatel an und wollte deshalb keinen Groll aufkommen lassen.

Er schrieb an seine Frau, sie solle nicht mehr böse sein, seinetwegen konnte sie alles stellen, wie sie wollte. Er hatte die Hoffnung, sie

würde zurückkehren und ihm seinen Wunsch gewähren, aber am nächsten Sonnabend fand er wirklich alles wieder umgestellt. Das verlegte ihn tief.

Im Laufe des Winters mehrten sich die Versämnungen. Oft schrieb Anna ihm, sie sei am Sonnabend zu einer Gesellschaft geladen, die sie unbedingt ablagern könne. Sie bat ihn zwar mitzukommen, doch war das nur eine Phrase. Sie wußte, daß er es doch nicht tun würde. Den ganzen Abend sah er dann einsam in den Prachträumen und dachte großlos, warum er eigentlich eine Frau habe, da er kaum mit ihr zusammenlebe. Am nächsten Tag mußte Anna dann freilich ihre Lebenswürdigkeit seinem Unmut verschweigen. Aber ein dumpfer Rest blieb doch immer zurück.

Nach schlimmer war es, wenn bei ihm selbst eine Gesellschaft stattfand. Ein Frauen überkam ihn, sobald er auf seinem Weg vom Bahnhof in die Hofgartenstraße einbog und den hellen Lichterstrahl aus den Fenstern seines Hauses im dunklen Wasser der Landstrasse sich spiegeln sah. Er hatte das Gefühl, als erwarteten ihn irgend welche Gefahren.

Was mag mir heut Abend nur wieder passieren, worüber Anna sich ärgert? dachte er. Vielleicht werfe ich ein Glas um, oder jage etwas, was dem Oberbürgermeister nicht gefällt, oder verwechsle zwei dieser Hanswürste von Malern miteinander. Der Teufel soll die ganze Bande holen! Sie essen sich bei mir voll und tun noch, als wenn das eine Gnade wäre.

Er hatte geglaubt, er würde sich nach und nach an den Ton der Leute gewöhnen, aber er merkte, daß er zu alt dazu war. Und mit der Zeit wurden die Gesellschaften ihm immer verhaßter. Früher hatte er doch immer, wenn er unglücklich dasah, einen Blick des Einverständnis mit Anna ausgetauscht. Ueber die Köpfe der Leute rief sie ihm mit ihren lächelnden Augen zu: Du laugst weißt dich wohl, du armer Kerl! Er rief zurück: Es ist nicht so schlimm. . . . Und dann wars wirklich nicht so schlimm. In dem Gedanken an sie lachte er über seinen Unmut und fand die Leute erträglich.

Aber das war seit einiger Zeit anders. Bei Tisch bemerkte er oft, wenn er sprach, daß der Blick seiner Frau beobachtend, faßte und feindselig auf ihn gerichtet war. Ja, es kam sogar vor, daß sie ihm in die Rede fiel und ihm das Wort abschchnitt. Ihm stieg dann der Gedanke auf: Was fällt ihr nur ein? Sie ist nicht so wie eine Frau sein sollte! . . . Doch die Vermutung, daß sie sich seiner schämte, wies er noch unwillig zurück. Sie erschien ihm zu ungeheuerlich. Aber zu gleicher Zeit merkte er, daß je frostiger sie sich gegen ihn verhielt, sie desto freundlicher gegen andere wurde.

Fortsetzung folgt.

Reisen. Breiten muß die Führung behalten, sonst bricht unser

Reichsverkehrsminister Dr. Bell: Das Reichsverkehrsministerium hat sich gegen die Uebernahme der Post nicht gestraubt; nur aus praktischen Gründen hat man die Trennung beibehalten.

Abg. Bock (Unabh.): Das bürokratische Verwaltungssystem, das sich in Preußen ausgebildet hatte, darf von dem neuen Reichsverkehrsministerium nicht übernommen werden.

Damit ist der Haushalt des Reichsverkehrsministeriums in zweiter Lesung erledigt.

Nächste Sitzung Montag 1 Uhr: Fortsetzung der zweiten Beratung des Reichshaushalts beim Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums.

Nach dem Stuttgarter Metallarbeiter-Verbandstag.

Wo bleibt die Erweiterung der Mitgliederrechte? Aus Stuttgart schreibt man uns:

Mehr Selbstbestimmungsrecht! Das war der Kampfruf derer, die gegen den früheren Vorstand im Metallarbeiterverband Sturm liefen. Besonders als Premier bei Streiks wurde der Vorstand gerufen. Er sollte es mit den Mitgliedern dadurch verborgen haben, daß er von dem ihm in Statur verliehenen Rechte Gebrauch machte, über die Berechtigung und die Ausdehnung von Arbeitsverhältnissen nach seinem eigenen besten Ermessen zu entscheiden und nicht lediglich nach den Wünschen und Summungen der in Betracht kommenden Verbandsmitglieder.

Die Opposition im Verband hat nicht zum wenigsten mit diesem Vorwurf des Bremsens und der Vergewaltigung der Mitglieder gekämpft. Man durfte nun gespannt sein, wie die nunmehr zur Oberherrschaft gelangte Opposition ihr Versprechen erweiterten Mitgliederrechte bei den Statutenberatungen einlösen würde.

Die Mehrheit der Generalversammlung, die den Verband nunmehr doch in neue „revolutionäre“ Bahnen leiten will, schied diese Verjährung ohne Widerrede. Man darf nun gespannt sein, wie weit der neue Vorstand ihre Hoffnung rechtfertigen wird, daß er die in nächster Zeit sich ohne Zweifel mehrenden Anträge auf Arbeitseinstellung freundlicher behandeln wird als der alte Vorstand.

Bekanntmachung.

Verbraucher von Betriebsstoffen (Benzin, Benzol) für Betriebszwecke haben vom 25. Oktober 1919 ab ihre Anträge auf Zuteilung derselben nicht mehr an die Mineralöl-Versorgungs-Gesellschaft m. b. H., Berlin sondern dem Landesversorgungsamt Abt. 8. (Ortskolonnenstelle) einzureichen.

Regierung. Berlin, den 24. Oktober 1919. Zur Vermeidung von Irrtümern wird darauf hingewiesen, daß die bei den Wahlen zur Nationalversammlung und ständischen Landesversammlung in die Wahllisten erfolgten Nachtragungen gültig sind und nur die bei der letzten für ungültig erklärten Landesauswahlschluß vorgeschriebenen Nachtragungen ungültig sind und daß diese letzteren Anträge auf Nachtragung gegebenenfalls erneut mündlich oder schriftlich beim Gemeindeverstand zu wiederholen sind.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Gewerkschaft deutscher Lokomotivführer. Der außerordentliche Verbandstag des Vereins deutscher Lokomotivführer fand am 21. Oktober in Berlin statt. Er beschloß die Umwandlung des seit 1866 wirkenden Vereins in die Gewerkschaft deutscher Lokomotivführer, die in den einzelnen Landesstellen bestehende Verbände zur Vertretung der Landesinteressen der Lokomotivführer stellen mit der Vereinheitlichung des Eisenbahnwesens im Reich ihre Tätigkeit ein und übertragen der Gewerkschaft die gesamte einheitliche Interessenvertretung.

Reich und Ausland.

Selbmoed Bessermanns des Jüngeren. In Berlin hat sich der Sohn des verstorbenen nationalliberalen Parteiführers Bessermann erschossen. Wie es heißt, haben große Verluste im Spiel ihm die Pistole in die Hand gedrückt.

Theater und Musik.

Oper „Martha“ erfuhr am Sonnabend unter der vorläufigen musikalischen Leitung von Otto Schwarz eine recht annehmbare Wiederaufnahme. Die Lady Harriet sang Du bist kein Rothaug. Es war wohl die schmuckste, aber auch jugendlichste Martha, die ich in all den vielen Jahren jemals gesehen und gehört habe.

Die niederdeutsche Heimatkunst hat einen ganz bedeutenden Erfolg errungen. Sie hat sich eine der vornehmsten Schauspielbühnen Deutschlands erobert. Auf Anregung der durch ihre muster-gültigen Spiele weit über den Rahmen der Provinz Schleswig-Holstein hinaus bekannten Niederdeutschen Bühne hatte sich Herr Otto Ernst bereitgefunden, Niebergalls Darmstädter Lokomödie „Dattierich“ für die niederdeutsche Bühne zu bearbeiten.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion des Publikums gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Dieser Tage veröffentlichte ein hiesiges Blatt einen Bericht über die am 13. ds. Mts. stattgefundene Monatsversammlung des „Neuen Grundeigentümer-Vereins zu Lübeck“, der uns armen Mietern fast hänge machen könnte.

Geschimpft habe ich allerdings auch am 1. April ds. Js. auf das hiesige Mieter-Einigungsamt, denn es hatte es für recht und billig gefunden, daß mir meine Miete um 100 Mk. gleich 20 Proz. meiner bisherigen Miete, erhöht wurde.

Grundeigentümer-Verein“ würde die jetzige Konjunktur ausnützen und die Preise der Wohnungen möglichst um 10 und mehr Prozente steigern.

Wenn ich recht unterrichtet bin, so bewertet das hiesige Einigungsamt in kritischen Fällen Wohnungen in der Weise, daß es den Wert des Hauses vor dem Kriege zugrunde legt, zu dieser Summe für in Aussicht stehende Reparaturen noch einen Zuschlag von ca. 10 Prozent hinzurechnet und von der dann gefundenen Summe 7 Prozent in Anwendung bringt.

Wenn ich recht unterrichtet bin, so bewertet das hiesige Einigungsamt in kritischen Fällen Wohnungen in der Weise, daß es den Wert des Hauses vor dem Kriege zugrunde legt, zu dieser Summe für in Aussicht stehende Reparaturen noch einen Zuschlag von ca. 10 Prozent hinzurechnet und von der dann gefundenen Summe 7 Prozent in Anwendung bringt.

Über das den Behörden angeordnete Streit- und Demonstrationsrecht habe ich herzhafte Sachen müssen. Mit solchen Drohungen kann man nur große Kinder schrecken. Wenn ich als Mieter keine Miete zahle, werde ich unbarmerzig an die fällige Luft befördert, und so ergeht es jedem, der sich Hausbesitzer nennt, wenn ihm auch oft nur der zehnte Teil des Hauses gehört.

Ein Haus ist doch keine Handelsware, und die hoffentlich bald vorübergehende Wohnungsnot, worunter so viele Tausende zu leiden haben, kann und darf unmöglich von einer geringen Zahl von Hausbesitzern ausgenutzt werden; solches Begehren führt nur zu Jam und Streit und kann unter Umständen recht gefährlich werden.

Wo bleiben die Theaterbilletts?

Am Sonntag vor acht Tagen wollte ich ins Theater gehen, um „Carmen“ zu hören. Dienstag vorher war ich Mittags 11 Uhr auf der Kasse, um mir ein Biletts für die Vorstellung zu kaufen, erhielt aber den Bescheid, daß die Biletts für Sonntag erst am Donnerstag herausgegeben würden.

Vermischtes.

Saisisch-Del. Durch den Fettmangel hat man in letzter Zeit mehr als bisher sich der Erzeugung und dem Verbrauch von Fischölen zugewandt, und neben Norwegen hat besonders in Japan die Fischölindustrie einen großen Aufschwung genommen.

Verbraucher von Betriebsstoffen (Benzin, Benzol) für Betriebszwecke haben vom 25. Oktober 1919 ab ihre Anträge auf Zuteilung derselben nicht mehr an die Mineralöl-Versorgungs-Gesellschaft m. b. H., Berlin sondern dem Landesversorgungsamt Abt. 8. (Ortskolonnenstelle) einzureichen.

Das Betreten der Holzwege, in denen die Holzhaue noch mit dem Fellen von Holz beschäftigt sind, während der Arbeitszeit wegen der damit verbundenen Gefahr unbedingt verboten. Zuwiderhandlungen werden nach dem Feld- u. Forstpolizeigesetz bestraft.

Nach langer schwerer Krankheit entschlief am 25. Oktober meine liebe Frau, unsere gute Mutter Elisabeth Walther geb. Wittern verm. Gornes.

Sozialdem. Verein Lübeck. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, Genosse Heinr. Vohse

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands. Zahlstelle Lübeck. Nachruf. Am Mittwoch, dem 22. Oktober starb unser Mitglied Fritz Kloß.

Frauen zum Malblumen putzen gesucht. H. Klemm, (917) Kadabura b. Lübeck. Mehrere Gesellen u. Maschinenarbeiter gef.

Willst du blanke Stiebeln Du Aujuste? Urbin putzen Juste musste! In Dosen überall erhältlich. Fabrik: Urba & Lemm - Charlottenburg